

Das Blättchen

Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft

Jutta Grieser Grünes Sommertheater um Egon Krenz im Schwarzwald
Stephan Wohanka Alexander King vom BSW
Erhard Crome NATO-Perspektiven
Iván T. Berend, Los Angeles Wie Orbán die Ungarn blendet
Jan Opal, Gniezno Zum Warschauer Aufstand vor 80 Jahren
Viola Schubert-Lehnhardt Emilie Schindler – die vergessene Heldin
Detlef Jena Wo ist Benjamin Badhurst geblieben?
Henry-Martin Klemt Urlaub für immer
Klaus Hammer Dauerhafte Momentaufnahmen – Berlin der Künstler
Hermann-Peter Eberlein Berliner Secession
Mathias Iven Ein Leben im Schatten des Vaters
Jürgen Hauschke Tintenfasswörter: abundant oder redundant?
Jürgen Brauerhoch Babelonische Sprachverwirrung
Clemens Fischer Film ab
Holger Politt Sowjetische Briefmarken
Alfons Markuske Unterwegs in Usbekistan – lückenhafte Depeschen
Peter Richter Wie die *Weltbühne* zu einer Bonner Korrespondentin kam
Dieter Naumann Der Fälscher
Renate Hoffmann Das Gewitter
XXL: Klaus Bachmann Eine Lizenz zum Putsch
Vor 105 Jahren: Ferdinand Nübell: Verankerte Rechte

27. Jahrgang (XXVII)

N^o 16

29. Juli 2024

Erscheint jeden zweiten Montag:
www.das-blaettchen.de

Jutta Grieser: Grünes Sommertheater um Egon Krenz im Schwarzwald	1
Stephan Wohanka: Alexander King vom BSW	4
Erhard Crome: NATO-Perspektiven	5
Iván T. Berend, Los Angeles: Wie Orbán die Ungarn blendet	7
Jan Opal, Gniezno: Zum Warschauer Aufstand vor 80 Jahren	8
Viola Schubert-Lehnhardt: Emilie Schindler – die vergessene Heldin	10
Detlef Jena: Wo ist Benjamin Badhurst geblieben?	11
Henry-Martin Klemt: Urlaub für immer	13
Klaus Hammer: Dauerhafte Momentaufnahmen – Berlin der Künstler	15
Hermann-Peter Eberlein: Berliner Seession	17
Mathias Iven: Ein Leben im Schatten des Vaters	19
Jürgen Hauschke: Tintenfasswörter: abundant oder redundant?	21
Jürgen Brauerhoch: Babelonische Sprachverwirrung	22
Clemens Fischer: Film ab	24
Holger Politt: Sowjetische Briefmarken	25
Alfons Markuske: Unterwegs in Usbekistan - lückenhafte Depeschen	27
Peter Richter: Wie die <i>Weltbühne</i> zu einer Bonner Korrespondentin kam	28
Dieter Naumann: Der Fälscher	30
Renate Hoffmann: Das Gewitter	32
Antworten	33
Bemerkungen	34
XXL: Klaus Bachmann: Eine Lizenz zum Putsch	39
Impressum	42
Vor 105 Jahren: Ferdinand Nübell: Verankerte Rechte	43

Grünes Sommertheater um Egon Krenz im Schwarzwald

von Jutta Grieser

Egon Krenz ist gereist. Die Tatsache, dass es von der Ostsee bis in den Südwesten Deutschlands ging, ist nicht der öffentlichen Erwähnung wert, wenngleich tausend Kilometer mit dem Auto für einen 87-Jährigen alles andere als erholend sind und er darum jede Wiederholung ausschließt. Aber auch das ist keine Nachricht wert. Interessant ist diese Reise allenfalls wegen der Umstände.

Eingeladen hatte das Freiburger Theater. Dort gibt es eine Talkshow, die zur Aufführung gelangt, wenn es keine Aufführung gibt. Folgerichtig heißt das Format „Heute nichts gespielt“ (Eigenwerbung: „Die 1. politisch-nachhaltige Talkshow Freiburgs.“) Der österreichische Schauspieler Martin Müller-Reisinger holt sich illustre Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft auf die Bühne. Nicht alle Gäste finden Zuspruch: Unlängst musste die Veranstaltung mit dem Ex-OB Freiburgs und einstigen Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg mangels Interesse ausfallen.

Die Wahrscheinlichkeit war gering, dass dies auch bei Krenz passieren würde, weshalb sich das Theater seit Jahren um ihn bemühte, der, nachdem er zugesagt hatte, als „Ehemaliger Deutscher Politiker der SED“ auf Plakaten annonciert wurde. (Warum wird im Westen „deutsch“, wenn es attributiv gebraucht wird, grundsätzlich groß geschrieben? Weil wir eine Großmacht sind?)

Dass die Krenz-Veranstaltung ausverkauft war, verdankte man wohl auch den grünen Stadtoberen. Sie waren umgehend in Schnappatmung gefallen. Die Ankündigung könne man „nur mit Entsetzen zur Kenntnis nehmen“ (Stadtrat Lars Petersen). Und sein Kollege Timothy Simms monierte im Theaterausschuss, dass auf dem Plakat des Theaters „nichts von den Wahlfälschungen“ stünde, „kein

Wort davon, dass Krenz wegen der Todesschüsse an der Mauer verurteilt wurde“ und für „andere Verbrechen der DDR-Diktatur“ Verantwortung trug. Ständig vom eigenen verlegenen Räuspern unterbrochen, wie die Übertragung von radio dreyeckland beeindruckend dokumentierte, war der Grüne „ehrlich gesagt entsetzt“ und fand es „unerträglich“, dass das Theater eine „Werbetour für Krenz finanziert“. Simms verteilte im Ausschuss den Verriss eines einschlägig bekannten Historikers, der zu dem Schluss gekommen sei, dass in den Krenz-Memoiren*, „die DDR schön geredet wird und im Jahre 75 des Grundgesetzes die BRD schlecht geredet wird“. So referierte der Stadtrat minutenlang über den „klaren Antidemokraten“ namens Krenz und regte an, mindestens einen „kompetenten Counterpart“ dem Moderator zur Seite zu stellen, weil’s der offenbar allein nicht könne. Simms: „Mein Fraktionskollege Petersen hat vorgeschlagen, den Herrn Kowalczuk einzuladen.“

Ob die Einladung erging, ist nicht bekannt, wohl aber Petersens Brief vom 17. Juli an den „sehr geehrten Herrn Oberbürgermeister, lieber Martin“. Das Kompromissangebot des Theaters, neben den Moderator den aus Dresden stammenden und in der DDR studierten Schauspieler Henry Meyer zu setzen, hielt darin der grüne Stadtrat Petersen für „erkennbar unzureichend“. Darum: „Ich möchte Dich deshalb dringend bitten, darauf hinzuwirken, dass die Veranstaltung mit Herrn Krenz am 19.07.2024 im Winterer-Foyer des Theaters Freiburg abgesagt wird – in stillem Gedenken an Peter Fechter, Chris Gueffroy und die anderen, mindestens 138 an der Mauer getöteten Menschen.“

Für den in New York weilenden OB, den parteilosen Pastorensohn Martin Horn, wies Kulturbürgermeister Ulrich von Kirchbach (SPD) das Ansinnen zurück: Als Stadt werde man nicht in die Programmgestaltung des Theaters eingreifen. „Uns ist bewusst, dass die Person Egon Krenz von vielen mit Unbehagen und auch Ablehnung wahrgenommen wird. Aber das DDR-Regime ist Teil der Deutschen Geschichte und wir halten es für legitim, dieses Thema in einer politischen Diskussionsreihe aufzugreifen und nicht zu verdrängen.“

Unter den Besuchern gaben sich Grüne nicht zu erkennen, die beiden Stadträte waren jedenfalls nicht zu sehen. Im Unterschied zu Krenz scheuten sie augenscheinlich die Öffentlichkeit. Der einzig namentlich bekannte Gast war Gernot Erler, der für die SPD drei Jahrzehnte im Bundestag saß, auch mal Staatsminister im Außenministerium war und unter Kanzlerin Merkel als Russland-Beauftragter der Bundesregierung arbeitete. Er begrüßte Krenz sichtlich erfreut. Vielleicht gibt es inzwischen auch in Freiburg nicht mehr so viele kompetente Politiker der alten Schule, die mit Logik, Sachverstand und Vernunft die Geschäfte besorgen. Da freut man sich über jeden Gesprächspartner, mit dem man zwar nicht unbedingt die Weltanschauung teilt, aber der die Grundrechenarten beherrscht und mit dem man gleich zur Sache kommen kann.

Die Veranstaltung ging über drei Stunden, und erst die Drohung des Personals, man müsse jetzt das Haus schließen, leerte den Saal endgültig. Die meisten fanden sich draußen in den umliegenden Straßencafés wieder. Die Nacht war angenehm frisch, was man dem Höllentäler dankt, einem Wind, der – aus dem Dreisamtal im Osten (!) kommend – am Abend und in der Nacht die Freiburger Innenstadt durchlüftet und insbesondere in heißer Sommerzeit für wohltuende Abkühlung sorgt.

War die Diskussion übermäßig hitzig? Ja und nein. Die Fragen, die gestellt wurden, hatte man im Osten bereits vor dreißig Jahren abschließend erörtert, für Krenz war es darum wie eine Rückkehr in die Vergangenheit. Mauer, Stasi, Schießbefehl sind bei den meisten Ostdeutschen als Thema schon lange durch – heute bewegen sie ganz andere Fragen, sagte Krenz. Etwa soziale Probleme und die fortgesetzte Bevormundung der Ostdeutschen durch Westdeutsche, insbesondere aber beherrsche uns die Angst vor einem Krieg. Statt darüber nachzudenken, wie Deutschland für Frieden in der Welt sorgen könnte, will man es kriegstüchtig machen.

Bei solchen Sätzen gab es Beifall, bei anderen nicht. Etwa als die Rede auf die „Mauertoten“ kam. Krenz versuchte geduldig die ganze Vorgeschichte des 13. August zu repetieren und zu erklären, dass es sich nicht um eine innerdeutsche Grenze gehandelt habe, sondern um eine militärische Grenze zwischen zwei waffenstarrenden Blöcken, die folglich um des lieben Friedens Willen militärisch gesichert werden musste. Auch heute fänden sich an einschlägigen Objekten Hinweisschilder: „Militärischer Sicherheitsbereich. Unbefugtes Betreten verboten! Vorsicht Schusswaffengebrauch!“ Diese Warnung habe auch vor der Staatsgrenze der DDR – die zugleich die Westgrenze des Warschauer Vertrages war – gestanden. Das Risiko sei allen bekannt gewesen.

Darauf kam natürlich umgehend der Vorwurf vermeintlicher Unmöglichkeit, das Land legal verlassen zu können, weshalb man „das größte Gefängnis Europas“ habe illegal verlassen müssen.

Die nach dem Untergang der DDR kreierten Stereotype und Klischees feierten heftig Urständ, das heißt, sie lebten vernehmlich unverändert fort. Nichts Neues unter der Sonne des Westens, nur der alte Käse des Kalten Krieges.

Den hielt Krenz den Freiburgern nicht unter die Nase, sondern versuchte sachlich und logisch zu argumentieren und Nachhilfe in Geschichte zu erteilen. Er streute seine Beobachtungen als exklusiver Zeitzeuge ein. Deshalb war er schließlich eingeladen worden. Er sagte zum Beispiel etwas über Wirtschaftsflüchtlinge, die in der DDR ausgebildet worden waren und sich ihren Platz auf der Welt suchen wollten, an dem sie meinten glücklich zu werden (was ja unverändert so ist und wogegen im Prinzip nichts einzuwenden sei. Nur die DDR konnte es sich eben nicht leisten, Ärzte, Wissenschaftler, Ingenieure auszubilden und dann ziehen zu lassen, weil man sie selber brauchte). In diesem Kontext erinnerte Krenz an die unzähligen Wirtschafts- und Kriegsflüchtlinge, die im Mittelmeer ertrinken.

Die wollen rein – aber die Flüchtlinge, über die wir reden, wollten ja raus, hieß es sofort.

Aha, Flüchtling ist nicht gleich Flüchtling, so so.

Die grünen Jungs, die anfänglich ihren Widerspruch mit demonstrativem Kopfschütteln und Gelächter kundgetan hatten, bedienten nun ihre Handys und googelten, sobald Krenz einen Namen nannte, der ihnen unbekannt war (und das waren ziemlich viele). So zitierte Krenz den Rechtshistoriker Uwe Wesel. Dieser hatte ihn in Verfahren beraten: „Herr Krenz, Sie bekommen vom Gericht nicht Gerechtigkeit, sondern ein Urteil.“ Nachdem die Suchmaschine im Internet fündig geworden war, reckte sich der Finger eines grünen Naseweises. „Herr Krenz, Sie haben verschwiegen, dass der einstige Vizepräsident der Berliner Freien Universität 1974 aus der SPD ausgeschlossen wurde, weil Wesel in einem Vortrag vor dem Kommunistischen Studentenverband den Kommunisten taktische Ratschläge gegeben hat!“

Da fehlten einem die Worte. Krenz erstaunlicherweise nicht.

Natürlich meldete sich auch eine ehemalige Insassin von Hoheneck und einer, der in der DDR nicht habe studieren dürfen. Aber eben auch ein ehemaliger VW-Arbeiter sprach, der einen Verwandten in der DDR gehabt habe, mit dem er bei jedem Besuch diskutiert hätte. Der habe nicht seinen Job gewollt, sondern nur einen VW, sagte er.

Mit anderen Worten: Der DDR-Arbeiter wusste die Demokratie am Arbeitsplatz in seinem volkseigenen Betrieb zu schätzen und wollte nicht weg. Nur mal besuchsweise raus. Wie die meisten anderen DDR-Bürger auch. Das war einer unserer Fehler, sagte Krenz. Wir hätten offener zueinander sein müssen und sagen, was geht und was nicht geht und warum.

Die Zusammenkunft hatte erkennbar einen anderen Charakter als vergleichbare Veranstaltungen im Osten. Es gibt keinen Grund, AfD zu wählen, sagt Krenz im Osten seit Jahren. Im Westen warnte er davor, dem Verdikt zu folgen, dass seien alles Nazis und Ostdeutschland ein Rummelplatz der Rechten. Die Ostdeutschen seien kritisch gegenüber der Obrigkeit aufgrund ihrer seit 1990 gemachten Erfahrungen. Sie seien unzufrieden mit dem politischen System, nicht mit der Demokratie. Sie störe die Arroganz der Macht, die Abgehobenheit von Mandatsträgern. Die etablierten Parteien – inklusive *Die Linke* – haben ihre Glaubwürdigkeit verloren und versuchten sich nun mit politischer Arithmetik ihre Mehrheiten in Parlamenten zu sichern, was die Wählerinnen und Wähler nur noch mehr verärgert. Die meisten von ihnen wissen, dass diese Alternative für Deutschland eine aus dem Westen gekommene bürgerliche Partei ist inklusive ihres Führungspersonals, das sich mit Phrasen und Lippenbekenntnissen etwa zu Russland Zustimmung besorgt, auf der anderen Seite nationalistisch hetzt. Der Osten ist weder braun noch rot. Um das zu erkennen, muss man sich aber mit ihm beschäftigen.

Ob die Botschaft von jedem verstanden wurde, kann bezweifelt werden. Draußen, als man sich gemeinschaftlich zum Grauburgunder setzte, trat eine gut gekleidete Frau mittleren Alters auf den ostdeutschen Gast zu. „Herr Krenz, Sie sind hier nicht willkommen!“

Sprach's, warf sich ihr Gucci-Täschchen über die Schulter und stapfte davon.

* Egon Krenz: „Gestaltung und Veränderungen. Erinnerungen“, Teil 2, edition ost, Berlin 2023. Der Teil 3 der Erinnerungen, „Verlust und Erwartung“, erscheint im November 2024.

Alexander King vom BSW

von Stephan Wohanka

Frieden, Realismus und Vernunft“ steht über einem Text in einer Berliner Zeitung; in der Unterzeile dazu heißt es: „Am Sonntag will Alexander King Vorsitzender der Wagenknecht-Partei in Berlin werden. Was treibt ihn an?“ Ja was – das wollen wir doch einmal sehen ...

Zuvor komme ich jedoch auf die Gründungsversammlung dieser Partei vom 27. Januar des Jahres zu sprechen. Die Galionsfigur und Namensgeberin der Partei hielt eine Rede, und selten habe ich eine intellektuell düftigere, gespickt mit primitiven Anbiederungen an politische Instinkte gehört als diese. Da musste – um es bei diesem Beispiel zu belassen – die Lieferung von 150 Raketen an Saudi-Arabien herhalten, um gegen „unsere grünen Moralapostel“ und deren „feministische Außenpolitik“ zu wettern – schon der Begriff sorgt im Saal für erste Lacher. „Wenn in den Rüstungsverträgen gegendert“ werde, dann sei wohl „die grüne Welt in Ordnung“ und immerhin trügen die Raketen ja den Namen Iris: „So viel Feminismus muss im Hause Baerbock wohl sein“. Das Parteitagspublikum, von dem eine andere Berliner Zeitung meint, es erinnere „ein wenig an einen Aufstand alter Männer (und Frauen)“, ist begeistert.

Einen Tag vor dem Parteitag konnte noch ein prominenter Neuzugang vermeldet werden: Oskar Lafontaine gab bekannt, der Partei seiner Ehefrau beizutreten. Lafontaine nur schlechtes Mitglied? Ohne Einfluss? Schon im Markusevangelium heißt es „Wer da glaubt und getauft wird, der wird selig werden [...]“. Auch das schlichte Mitglied ließ sich nicht lumpen und erfüllte die Erwartungen des Publikums: „So wie es angesichts unserer Geschichte niemals vertretbar wäre, wieder Waffen zu liefern, mit denen Juden ermordet werden können: Genauso verwerflich ist es, Waffen zu liefern, mit denen wieder Russen ermordet werden“. So einfach kann man es sich machen ... Programmatisch war insgesamt wenig zu hören, aber der Ton des Austeilens gegen andere und namentlich die Ampel war gesetzt.

Nun also Berliner BSW. Weltpolitik spielt für die Stadt zwar auch eine gewisse Rolle, aber es geht doch eher um Lokales. Was bietet King also den Einwohnern Berlins an, um die tatsächlich irritierenden städtischen Unzulänglichkeiten auszuräumen? Gegründet worden sei der Berliner Landesverband „mit dem Ziel, Realismus und Vernunft auch in die Berliner Politik zu bringen, den arbeitenden Menschen [...] das Leben zu erleichtern, anstatt es durch ausufernde Bürokratie, ideologische Verkehrspolitik [...] immer komplizierter zu machen“.

„Ausufernde Bürokratie“ ist quasi zum Synonym für Berlin geworden. Diesen Zustand nun zum x-ten Mal zu benennen, ist müßig – was meint King dagegen tun zu können, skizziert wenigstens in groben Zügen? Die eigentliche Aufgabe der Organisation einer effektiv und reibungsarm funktionierenden Stadt ist seit 1990 unerledigt liegengeblieben. Reicht es da, wie es der Senat vorhat, Zuständigkeiten und Aufgabenverteilung zwischen Bezirken und dem Land Berlin zu überprüfen und neu zu sortieren? Oder sollten bei Einwohnerzahlen von Berliner Bezirken von bis zu 400.000 Menschen nicht anstelle von Bezirksstadträten, die nur mit dem Mandat ihrer Partei ausgestattet, aber fachlich wenig erfahrenen sind, solche Posten nicht nach bundesweiter Ausschreibung mit qualifizierten Personen besetzt werden wie in vergleichbaren Großstädten?

Verkehrspolitik – dass diese „ideologisch“ sei, ist die politische Standardbeschuldigung der jeweils anderen Partei *per se*. Ich hätte gern gelesen, was King unternähme, um sie zu entideologisieren und vor allem um praktikable Auswege aus dem täglichen Verkehrschaos zu zeigen. Es ginge ja (noch) nicht um elaborierte Pläne, aber ich hätte schon gern gewusst, wo seine Präferenzen lägen – beim Öffentlichen Nahverkehr oder beim tradierten Autoverkehr (schließlich ist die Partei wie andere auch gegen das „Verbrenneraus“ ab 2035). Soll es mehr oder weniger Fahrradwege geben, sollte der Bau der A 100 weiter betrieben werden? King wird überhaupt nur in einem Punkt konkret: „Umsetzung des Volksentscheids (in Sachen Vergesellschaftung großer privater Wohnungsbestände – St. W.) ohne Wenn und Aber“.

„Die Europawahl hat [...] das weitgehende Scheitern der Klimaschutzpolitik quittiert“, schreibt King; der Bevölkerung sei „versprochen worden, sie [...] vor den Folgen des Klimawandels zu schützen“. Das Versprechen wurde nicht eingelöst; da könnte King doch vorangehen und den Berlinern als Bewohnern einer hitzebedrohten Großstadt seine grundlegenden Vorstellungen einer klimaangepassten Stadt aufzeigen. Jedoch nicht die mindeste Andeutung dazu, wie

vielleicht weniger Versiegelung, weniger Asphalt- und Betonflächen und mehr Begrünung auf Dächern, Fassaden und Straßen umzusetzen wären oder ob er überhaupt derartige Maßnahmen in Betracht zöge. Um bei Hitze die Stadt zu kühlen und bei Starkregen das Wasser besser versickern zu lassen.

Die Berliner Politik vertreibe sich „die Zeit mit Scheindebatten über neue Großprojekte wie den Umzug der Landesbibliothek in die Galeries Lafayette“. Warum nicht ein Nebensatz dazu, wie King zu dieser Idee steht? Seit 2015 ist verabredet, die beiden Standorte der Berliner Zentral- und Landesbibliothek zusammenzuführen; und das aus gutem Grund: „Wir havariieren uns seit Jahrzehnten durch den Betrieb mit immer wieder neuen Problemen mit maroden Gebäuden und vor allem maroder Betriebstechnologie“ – so Volker Heller, Generaldirektor der Zentral- und Landesbibliothek Berlin. Durch Kellerräume, in denen Bücher und Schallplatten lagern, musste Heller bereits in Gummistiefeln waten.

King kommt auch zurecht auf die Asylpolitik zu sprechen und merkt desgleichen an, dass es bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu einer Unwucht zulasten der Berliner Ost-Bezirke käme – „ohne Rücksicht auf die soziale Situation oder die Infrastruktur vor Ort“. Bei diesem Thema ist wie bei keinem anderen lokaler Natur die Verbindung zur Bundes- und Europapolitik gegeben und insofern wäre es diesmal hilfreich zu wissen, ob King die grundsätzliche Position der Partei teilt, Asylverfahren an den Außengrenzen und in Staaten außerhalb der EU vorzunehmen. Eine Position, die *Die Linke*, aus der bekanntlich die wichtigsten der Protagonisten der King-Partei stammen, strikt ablehnt, da sie einer Aushebelung des individuellen Asylrechts nahekommt.

Mein Text verhehlt nicht, dass ich der Partei BSW aus grundlegenden Erwägungen heraus kritisch bis ablehnend gegenüberstehe; das gilt namentlich für die Parteispitze und die grundsätzliche Programmatik. Die Partei wird natürlich auch auf Landes- und Lokalebene gewählt (werden), wo es um andere Themen und praktische Lösungen vor Ort geht. Die Einschätzung, die Bürger unterschieden nicht zwischen den einzelnen Politikebenen – Bund, Länder und Kommunen –, weshalb auch das Verhalten bei Kommunalwahlen nur ein Reflex auf die jeweils herrschende politische Großwetterlage sei, hält sich hartnäckig bei den Medien, der Politik, aber auch der Bevölkerung selbst, ist aber dennoch falsch. King hätte so durch Fingerzeige auf seine Vorstellungen zur Berliner Kommunalpolitik die Möglichkeit gehabt, Vorbehalte gegenüber seiner Partei abzubauen, ja teils gar auszuräumen respektive für sie werben können mit klaren Alternativen zur aktuellen Politik. Leider blieb es auch bei ihm weitgehend beim „Austeilen“ gegen den Senat und beim Beschreiben der Phänomene „schlechter Politik“. Aus dem Gehäuse der abgedroschenen Allgemeinplätze kam er kaum heraus. Eine vergebene Chance ...

PS: Inzwischen ist Alexander King zum Berliner Ko-Vorsitzendem der Partei gewählt worden.

NATO-Perspektiven

von Erhard Crome

Einszweidrei, im Sauseschritt läuft die Zeit; wir laufen mit“, reimte einst Wilhelm Busch. Als der NATO-Gipfel in Washington – zum 75. Jahrestag der Gründung des Paktes dortselbst – am 11. Juli 2024 beendet war, schien es so, als müsse sofort ein wichtiges Ereignis resümiert werden. US-Präsident Joe Biden hatte alles in allem würdig präsiert, auch wenn er wieder Aussetzer hatte: Ukraines Präsident Selenski hatte er mit Russlands Putin verwechselt, an anderer Stelle den Namen seines Verteidigungsministers Lloyd Austin vergessen, er sprach ersatzweise vom „schwarzen Mann“. Gleichwohl galt Biden als Präsidentschaftskandidat der Demokraten als gesetzt, es schien alles auf einen neuerlichen Wahlkampf zwischen Biden und Donald Trump hinauszulaufen.

Seither ist in kürzester Zeit vieles geschehen, das die Bilder vom Gipfel überlagert. Am 13. Juli schoss in der Stadt Butler in Pennsylvania ein Attentäter von einem Hausdach aus auf

Trump und traf ihn am Ohr, ein Zuschauer wurde erschossen, zwei schwer verletzt. Der Täter wurde von Sicherheitskräften getötet. Das FBI stellte später fest, der hatte einige Tage zuvor im Internet recherchiert, wie weit der Mörder von John F. Kennedy 1963 von seinem Opfer entfernt war. Der Parteitag der Republikaner in Milwaukee (15.-18. Juli), der Trump mit großem Pomp zum Präsidentschaftskandidaten kürte, zelebrierte dessen Überleben als „göttliches Wunder“.

Nach damaligen Umfragen würde Trump die Wiederwahl schaffen, der gebrechliche Biden eher nicht. In dieser Lage wuchs der Druck aus der Demokratischen Partei, zuletzt auch etlicher Honoratioren, wie Ehepaar Clinton oder Ex-Präsident Obama, auf Biden, seine Kandidatur zurückzuziehen. Das lehnte er zunächst entschieden ab, schien dann aber ein Einsehen zu haben und erklärte am 21. Juli seinen Rückzug aus dem Rennen um die Präsidentschaft. Drei Tage später hielt er vom Weißen Haus aus eine Rede an die Nation, in der er meinte, es ginge bei den Wahlen im November um das Schicksal der Demokratie in den USA. Die *Frankfurter Rundschau* stellte die Frage, ob dies eine „Grabrede“ war oder Biden über sein „Vermächtnis“ sprach. Jedenfalls scheint es nun auf eine Kandidatur der bisherigen Vizepräsidentin Kamala Harris hinauszulaufen, die bis vor kurzem meist als politisch unfähig und nicht wähler-attraktiv angesehen wurde. Allerdings ist sie mit 59 Jahren deutlich jünger und nun Trump mit 78 der ältere. Für alle, die vor einer erneuten Trump-Präsidentschaft große Ängste entwickeln, scheint neue Hoffnung aufzukeimen.

Nachdem die unmittelbaren Betrachtungen zu dem NATO-Gipfel vor allem unter dem Blickwinkel standen, welche Figur Biden macht, kann man sich nun stärker den augenscheinlichen Ergebnissen zuwenden. Zunächst reihten sich die Akteure in dem Auditorium auf, in dem vor 75 Jahren der NATO-Vertrag unterzeichnet wurde. Es wurde ein alter Dokumentarfilm des damaligen Aktes gezeigt, eine Militärkapelle sorgte für pathetische Stimmung und der scheidende NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg jubelte, die NATO sei „die erfolgreichste Allianz in der Geschichte“ und nun auch „die, die am längsten gehalten hat“. Biden las seine Rede vom Teleprompter ab, was ihm ohne Versprecher und Patzer gelang, und hängte Stoltenberg anschließend die „Freiheitsmedaille des Präsidenten“, eine der höchsten zivilen Auszeichnungen der USA, um den Hals, was ebenfalls ohne Patzer klappte. Die Frage, was es im Sinne der Symbolpolitik bedeutet, wenn der Generalsekretär einer solchen Organisation von 32 Staaten von dem US-Präsidenten solcherart belobt wird, wurde in den Großmedien weder gestellt noch beantwortet.

Militärisch gesehen stand wieder der Ukrainekrieg im Zentrum. Die bereits zuvor vereinbarten 40 Milliarden Euro Militärhilfe für das nächste Jahr wurden auf dem Gipfel bestätigt; geliefert werden nun auch F-16-Kampfflugzeuge und zusätzliche Luftabwehrsysteme. Dem Ansinnen der Kiewer Regierung, dem NATO-Beitritt in der Tat näherzukommen, folgte der Gipfel nicht. Ausweichend hieß es, der Weg zur NATO-Mitgliedschaft sei „unumkehrbar“ und die derzeitigen Hilfsmaßnahmen würden „eine Brücke bilden“ zu späterer Mitgliedschaft – wann immer die erfolgen sollte. Zur Koordination der Unterstützung für die Ukraine wird es künftig eine NATO-Einrichtung im deutschen Wiesbaden geben; bisher wurde dies durch die USA geleistet.

Vordergründig will man damit die NATO-Unterstützung „Trump-fest“ machen. Tatsächlich ist es ein nächster Schritt zur „Europäisierung“ des Ukraine-Krieges – im Falle einer drohenden Niederlage der Ukraine müssten die Hilfen gesteigert werden, um die Niederlage abzuwenden. Die finnische Zeitung *Ilta-Sanomat* meinte: „Die entscheidende Frage wurde ausgeklammert“. Ein paar Kampfflugzeuge und ein paar Piloten mit Schnellkursen würden „den Krieg nicht entscheiden oder Putin aufhalten können“. Der Krieg werde an der Front mit Artillerie, Munition und Soldaten entschieden. „Und genau das ist die Frage, die die Nato und ihre Mitgliedsstaaten nicht beantworten wollen: Wann ist der Punkt gekommen, an dem der Westen gezwungen wäre, eigene Truppen in den Krieg zu schicken?“ Aber vielleicht ist das ja auch der Punkt, den die NATO-Staaten in ihrer Mehrheit nicht erreichen wollen. Aus rumänischer Sicht wurde moniert, dass es keine klaren Zusicherungen für Moldova gibt. Offenbar überfordert bereits die Ukraine-Front die NATO.

Die Beschreibung der Weltlage wurde mit der offiziellen Gipfel-Erklärung weiter verschärft, die Verfeindung gegenüber China weiter vorangetrieben. Russland bleibe die „größte und direkte Bedrohung“ der Sicherheit der NATO. China wird jetzt nicht nur vorgeworfen, eine „systemische Herausforderung“ des Westens zu sein, sondern vor allem, der entscheidende Unterstützer Russlands im Ukraine-Krieg zu sein. In dieser Gruppierung werden auch Belarus, Nordkorea und der Iran genannt.

Vor einiger Zeit wurde, zumal in Hinsicht auf die Geopolitik der USA unter Donald Trump, noch davon ausgegangen, dass im Dreiecksverhältnis zwischen den USA, China und Russland letzteres auf die Seite der USA gezogen werden sollte. Jetzt geht General a.D. Harald Kujat davon aus, dass die USA China als ihren einzigen Konkurrenten ansehen und beabsichtigen mit dem Ukraine-Krieg „Russland, den zweiten geopolitischen Rivalen, politisch, wirtschaftlich und militärisch so weit zu schwächen, dass sie sich auf die Auseinandersetzung mit China konzentrieren können“. (*Nachdenkseiten*, 23.07.2024)

In diesem Sinne hatten an dem NATO-Gipfel neben den Staats- bzw. Regierungschefs der Mitgliedsstaaten sowie der Ukraine auch jene Japans, Südkoreas, Australiens und Neuseelands teilgenommen. Die europäischen NATO-Staaten sollen in das von den USA angestrebte indopazifische Gefüge eingebunden werden, um dort, wie in Europa gegen Russland, gegen China eingesetzt zu werden. Das dürfte eine Konstante US-amerikanischer Geopolitik sein, wie immer der nächste Präsident heißt. Für eine solche Welt-Auseinandersetzung dürften die Kräfte des globalen Wertewestens jedoch nicht mehr ausreichen. Auch wenn die Gefahr wächst, dass aus dem Ukraine-Krieg ein europäischer Krieg wird.

Wie Orbán die Ungarn blendet

von Iván T. Berend, Los Angeles

Seit der Wende im Jahr 1990 bis heute scheinen die ungarischen Regierungen von der fixen Idee besessen zu sein, mit Österreich gleichziehen zu müssen respektive zu wollen.

Kann man die Prophezeiung Viktor Orbáns von 2017 wirklich ernst nehmen, wonach sein Land Österreich bis 2030 einholen wird? Ein Jahr später ging er sogar noch weiter und verkündete, sein Ziel sei es, dass Ungarn bis 2030 zu den fünf Ländern der EU gehört, in denen es sich bestens leben und arbeiten lässt. Für den Beweis verbleiben ihm nur noch sechs Jahre. Hier bietet sich deshalb ein kleiner Faktencheck an.

Einkommen (BIP)

Die wirtschaftliche Entwicklung Ungarns, gemessen am Pro-Kopf-Nationaleinkommen (BIP) des Landes (23.319 US\$), beträgt mit 56 Prozent etwas mehr als die Hälfte des Durchschnitts in der Europäischen Union, liegt aber gleichzeitig etwa 50 Prozent über dem Durchschnitt von 200 Ländern. Damit belegt Ungarn weltweit den 57. Platz. Ein europäischer Standard ist das aber nicht, da es in Europa 50 Länder gibt.

Österreich dagegen gehört zur Weltspitze mit einem Pro-Kopf-Einkommen von rund 60.000 US\$ Dollar im Jahr 2024, das damit zweieinhalb Mal höher liegt als das von Ungarn. Im Jahr 1990 belief sich das österreichische Niveau auf 247 Prozent des ungarischen und war 2024 mit 254 Prozent etwas höher. Der Unterschied vergrößerte sich damit sogar etwas zugunsten Österreichs.

Export-Import

Die Hälfte der ungarischen Wirtschaft befindet sich in ausländischem Besitz. Dies liegt daran, dass mehr als ein Fünftel der Produktion des verarbeitenden Gewerbes aus dem Hightech-Bereich stammt. Die ungarische Industrie führt die arbeitsintensiven Montagetätigkeiten führender europäischer Unternehmen, wie zum Beispiel der Automobilindustrie aus, und das sind 57 Prozent der ungarischen Exporte. Mehr als 80 Prozent des Exports gehen in die viel gescholtene EU, aus der umgekehrt drei Viertel der Importe nach Ungarn kommen. Mit anderen Worten: Die ungarische Wirtschaft atmet durch die Nabelschnur der Union.

Lohnniveau

In Österreich beträgt der Mindestlohn monatlich 1.500 Euro, der Stundenlohn 24 Euro. Dies entspricht im Wesentlichen dem deutschen und französischen Lohnniveau. Per Dekret hat die ungarische Regierung den monatlichen Mindestlohn ab 1. Januar 2022 auf 200.000 Forint (512 Euro) festgelegt, das ist ein Drittel des österreichischen Mindestlohns. Die Gehälter in Ungarn liegen damit kaum über einem Viertel der dänischen oder belgischen Gehälter. Besonders groß ist der Rückstand bei den Gehältern im Bildungs- und Gesundheitswesen.

Das Bild wird zusätzlich dadurch getrübt, dass der ungarische Arbeiter zwar viel weniger verdient, aber mehr arbeitet als seine österreichischen Kollegen. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten lag im Jahr 2022 in Ungarn bei etwa 40 Stunden, in der EU bei 37,5 Stunden und in Österreich bei 36 Stunden.

Eine ähnliche Streuung ist bei den Renten zu beobachten. Die durchschnittliche Rente beträgt in Ungarn 415 Euro und in Österreich 1480 Euro. Der persönliche Konsum liegt in Österreich um 18 Prozent über dem EU-Durchschnitt, während er in Ungarn gerade mal 70 Prozent des EU-Durchschnitts erreicht.

Wohneigentum

Auch das Wohneigentum sollte erwähnt werden, dabei sind die entsprechenden Daten auf den ersten Blick nicht nachvollziehbar. Laut der Umfrage von *Eurostat Housing Europe 2024* wohnt 90 Prozent der ungarischen Bevölkerung in der eigenen Immobilie. Der entsprechende EU-Durchschnitt liegt nur bei 69 Prozent. Im reichen Dänemark, Österreich und Deutschland sind es sogar nur rund 60 Prozent.

Die Erklärung dazu: Bis in die 1970er Jahre besaß der ungarische Staat fast alle Immobilien in den Städten. Da man immer weniger in der Lage war, diese instand zu halten beziehungsweise zu renovieren, wollte man sie loswerden. Die Mieter, wollten sie weiter in der bisher bewohnten Wohnung bleiben, mussten ihre Wohnung nunmehr günstig vom Staat erwerben. Die Mieten der übrig gebliebenen Wohnungen stiegen deshalb drastisch an. Eine Wohnung zu mieten kam damit für die meisten Ungarn immer weniger in Frage. Der erzwungene Eigenheimkauf schränkte den allgemeinen Konsum zusätzlich ein.

Fazit

Man muss kein Ökonom sein, um zu verstehen, dass es für Ungarn unmöglich ist, den fast dreifachen Rückstand zu Österreich in sechs Jahren auch nur annähernd zu erreichen, geschweige denn zu überholen. Hier geht es um bewusste Irreführung, mit der Orbán die eigene Bevölkerung blendet.

Übersetzung aus dem Ungarischen von Gabor Szasz.

Zum Warschauer Aufstand vor 80 Jahren

von Jan Opal, Gniezno

Wird in Polen das wichtigste Ereignis im Zweiten Weltkrieg gesucht, steht der Warschauer Aufstand weit oben, wenn nicht an erster Stelle. Je jünger das befragte Publikum, desto eindeutiger das Ergebnis. Den herausragenden Platz in der Erinnerung wird dem am 1. August 1944 befohlenen Waffengang kein anderes Kriegsereignis je streitig machen. Und doch könnte der Streit, sobald die historische Bewertung einsetzt, unter den Polen kaum heftiger sein. Das vor

allem deshalb, weil nirgends sonst in der jüngsten Zeitgeschichte wegen der politischen Konsequenzen so deutlich das Polen davor und das Polen danach geschieden ist.

Der Aufstand, das sei gleich eingeräumt, hatte nur geringe Auswirkung auf den tatsächlichen Kriegsverlauf, der Kampf an der Ostfront zwischen Roter Armee und Wehrmacht wurde ohne große Rücksichten auf den Aufstand in Warschau entschieden. Doch für die polnische Seite änderte sich in wenigen Wochen alles. In den Nachkriegsplänen Stalins war die Londoner Exilregierung der Polen ein handfestes diplomatisches Hindernis, ein Dorn im Auge, zudem führte die mit der Armia Krajowa (Landesarmee) zu Hause im besetzten Polen einen starken militärischen Arm, eine Untergrundarmee, geübt wie diszipliniert im Widerstand. Zwei Punkte forderte Moskau: Polens Westverschiebung mit einer feststehenden sowjetisch-polnischen Grenze im Osten als Ausgangspunkt und einem noch näher zu bestimmenden Grenzverlauf im Westen; außerdem eine gesellschaftliche Ordnung, die mit der in Vorkriegspolen bricht, um jeder antisowjetischen Ausrichtung die Grundlage zu nehmen. Stalins Alliierte in Washington und London schluckten nach Stalingrad die künftige sowjetische Westgrenze zu Polen, versuchten bei anderen Fragen, die Türen noch offen zu halten. Nach der Aufdeckung des sowjetischen Kriegsverbrechens von Katyn im März 1943 ausgerechnet durch die Deutschen, kam es zum unvermeidlichen diplomatischen Bruch zwischen Moskau und Exilpolen. Moskau warf dem treuen Verbündeten der Westalliierten vor, deutsche Propaganda zu verbreiten und ein antisowjetisches Kesseltreiben anzuknüpfen, ausgerechnet in einer entscheidenden Phase des Krieges.

Churchill gelang es, den Ministerpräsidenten der Londoner Exilregierung im Sommer 1944 zu überzeugen, nach Moskau zu fahren, um in direkten Gesprächen mit Stalin die ungeklärten und störenden Dinge im bilateralen Verhältnis im Interesse des gemeinsamen Kampfes gegen Hitlerdeutschland aus dem Weg zu räumen. Stanisław Mikołajczyk traf am 31. Juli 1944 in Moskau ein, reiste am 9. August wieder ab. Inzwischen war die Rote Armee auf der rechten Weichelseite bis an die Stadtgrenze Warschaws vorgerückt, die Deutschen leisteten heftigen Widerstand und stoppten den Vormarsch. Schaut man heute mit dem ruhigen Blick auf die folgenden Tage, so mutet vieles an wie beim Pokerspiel, wobei das Blut in den Adern gefriert.

Der Aufstand der Armia Krajowa gegen die deutsche Besatzung hatte zunächst sichtbaren Erfolg, größere Teile der Innenstadt Warschaws wurden befreit, die deutschen Truppen schienen überrascht gewesen zu sein, machten den Eindruck, sich zurückzuziehen. Der Anfangserfolg sollte zusätzlicher Trumpf in den Händen Mikołajczyks sein, wenn in Moskau über Nachkriegspolen geredet wird. Und doch war dem Londoner Lager der Polen von Anfang an klar, dass sie ohne die rasche und massive Unterstützung der Roten Armee gegen die Deutschen verlieren würden, sollte die Wehrmacht sich nicht vollständig aus dem linksufrigen Teil der polnischen Hauptstadt zurückziehen. Stalin ließ den polnischen Ministerpräsidenten erst am 3. August zu sich vor, stellte seinerseits die härtesten Bedingungen. Mikołajczyk sollte überlaufen zu dem am 22. Juli im Rückraum der Roten Armee in Chełm bzw. Lublin eingesetzten Polnischen Nationalen Befreiungskomitee mit seiner Armia Ludowa (Volksarmee), solle Chef einer provisorischen Regierung werden, die mit der sowjetischen Seite eng zusammenarbeite. Die Annahme des Angebots wäre der Kapitulation gleichgekommen, stattdessen schlug Mikołajczyk vor, nach der Befreiung Warschaws unter seiner Führung eine gemeinsame polnische Regierung zu bilden, an der auch das Nationale Befreiungskomitee entsprechend beteiligt wäre. Ein zweites Zusammenreffen zwischen Stalin und Mikołajczyk am 9. August war so kurz wie ergebnislos.

Warschau blieb im Kampf gegen die Deutschen in den Straßenschluchten Warschaws alleine, die Stadt bezahlte den heroischen Kampf mit einem wahnwitzigen Blutzoll. Auf einen gefallenen Kämpfer kamen neun getötete oder ermordete Zivilisten – über 20.000 polnische Soldaten und mehr als 180.000 Zivilisten. Die deutsche Seite verzeichnete bei der blutigen Niederschlagung des Aufstands über 20.000 Gefallene. Die Kämpfe zogen sich bis in die ersten Herbsttage hin, schließlich kapitulierten die Reste der Armia Krajowa, die von den Deutschen am Schluss wie eine reguläre Armee behandelt wurde – statt Standgericht also Kriegsgefangenschaft. Am Kampf in Warschau waren auch Einheiten der Lubliner (also der kommunistisch-sowjetfreundlichen) Seite beteiligt, die beispielsweise an der Weichsel übersetzen konnten. Die Deutschen verlangten von der Armia Krajowa nach der Kapitulation die Auslieferung dieser Kämpfer – vergeblich.

Die Kapitulation in Warschau ist gleichzusetzen mit der völligen politischen und diplomatischen Niederlage des Londoner Exillagers. Von nun an zog Stalin nahezu ungestört an der polnischen Schnur, allerdings ist die nachfolgende Geschichte auch ein nicht aufzuhaltender Prozess

der patriotischen Färbung von Polens Kommunisten. Ein unangenehmer Stachel immerhin in Stalins Nachkriegsspiel. Katyn und die brutale Zerschlagung der Kommunistischen Partei Polens im Jahre 1938 wirkten auf ihre Weise. Fast ein halbes Jahrhundert wird Polen an der sowjetischen Seite bleiben, am Ende verliert Moskau aber das Spiel in Polen. Der Untergang der Sowjetunion veränderte die Koordinaten in den Relationen zwischen Moskau und Warschau erheblich; die Würfel werden nun rasch fallen – für Polens neue Westeinbindung.

Emilie Schindler – die vergessene Heldin

von Viola Schubert-Lehnhardt

Im Film *Schindlers Liste* taucht sie kaum auf (wenn, dann als betrogene Ehefrau), zu dessen Premiere wird sie von Steven Spielberg als „Gerettete“ eingeladen, nicht als Ehefrau des Protagonisten und schon gar nicht als maßgeblich an der Rettung von 1300 jüdischen Menschen Beteiligte ... Die Liste des Nichtbeachtens, Vergessens, Nichtinformierens ließe sich fortsetzen, doch der Reihe nach:

Erika Rosenberg, Schriftstellerin, Dolmetscherin, Übersetzerin in Argentinien, geht eines Tages zum Chefredakteur einer deutschsprachigen Tageszeitung in Buenos Aires und bat um Material für einen Artikel über die deutsch-jüdische Immigration in Argentinien. Peter Gorlinsky, selbst Kind von Einwanderern, kannte sich im Thema bestens aus und fragte sie, ob sie die Geschichte der Mutter Courage Emilie Schindler kenne ...

Mit der Absicht, sie für die Deutsche Welle zu interviewen, betrat sie am 22. Mai 1990 das Haus von Emilie in der kleinen Stadt San Vicente, 60 Kilometer südlich von Buenos Aires. Die Frauen lernten sich nicht nur gut kennen, sondern wurden Freundinnen, und Erika Rosenberg wird zur Biografin von Emilie Schindler. Dieses Kennenlernen beschreibt sie im Vorwort zum Buch „Ich, Emilie Schindler. Erinnerungen einer Unbeugsamen“, dann kommt Emilie Schindler selbst zu Wort – zunächst mit einer Einführung über das sukzessive Vergessen ihrer Person, dann mit ihrer Lebensgeschichte. Das Buch wird abgerundet mit einem Nachwort von Charlotte Knobloch, damals Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, über die letzte Reise von Emilie nach Deutschland.

Emilie Schindler beschreibt ihr Leben in vier Kapiteln: Ihre Kindheit und Jugend, die Ehe mit Oskar, die Rettung der Juden und ihr Leben in Argentinien. Gerade das Kapitel über das Leben der Eheleute enthält viel im Film nicht Dargestelltes: Als Oskar Schindler die Emaillefabrik in Krakau kauft, war es eine Hauptbedingung des jüdischen Verkäufers, dass jüdische Arbeiter aus dem Krakauer Getto eingestellt werden sollten. Dies zu realisieren war zweifellos Oskars Verdienst. Doch die vielen kleinen Unterstützungsaktionen für die jüdischen Menschen gehen auf Emilie zurück (Oskar war die meiste Zeit gar nicht anwesend). Dabei wurde sie ständig durch das Wachpersonal kontrolliert. Jede menschenfreundliche Geste gegenüber einem Juden hätte ihr zum Verhängnis werden können, selbst absichtsloses Verhalten (so das Wegwerfen einer aufgerauchten Zigarette, die ein jüdischer Arbeiter aufhob) konnte gefährlich werden. Ein anderes Mal verteidigte sie ein jüdisches Mädchen gegen eine Beißattacke des Hundes eines SS-Offiziers. Vor allem aber besorgte sie Lebensmittel und Medikamente für ihre Arbeiter. Schon allein die häufigen Fahrten deswegen nach Mährisch-Ostrau waren auffällig, wie auch die Nachfrage nach Getreide bei einer adligen Dame in der Nähe von Krakau, deren Gesinnung sie nicht kannte. Emilie ist es ebenfalls zu verdanken, dass die verstorbenen Juden auf einem kleinen Judenfriedhof nach ihren Riten bestattet werden konnten. Alles das spielt im Film keine Rolle, dort ist sie lediglich die betrogene Ehefrau.

Ausführlich beschreibt sie ihre Flucht nach dem Krieg, bei der ihr und ihrem Mann jüdische Menschen geholfen haben. Nach langen Wirren beschließen Schindlers, nach Argentinien

auszureisen, und sie bekommen von der jüdischen Gemeinde das Angebot, eine Quinta (ein Haus mit etwas Land und Tierhaltung) zu bewirtschaften. Emilie ist auf dem Land aufgewachsen und in ihrem Element. Oskar dagegen versucht vergebens, an seine unternehmerischen Erfolge während des Zweiten Weltkrieges anzuknüpfen und lässt schließlich 1957 Emilie mit einem Berg von Schulden (360.000 Mark) in Argentinien zurück. Er reist nach Deutschland, um einhunderttausend Mark Entschädigung für die verlorene Fabrik in Empfang zu nehmen auf Grund des vom deutschen Bundestag beschlossenen Lastenausgleichsgesetzes. Emilie sieht davon nichts. Statt dessen schreibt er ihr, dass er immer dicker werde, da er Hummer esse und guten Wein trinke. Sie beschließt, ihm nicht mehr zu schreiben.

Von seinem Tod erfährt sie erst im Nachhinein, durch einen Bekannten, der wiederum durch Zufall die Todesanzeige für Oskar Schindler gesehen hatte. Nun setzen Streitigkeiten um das Erbe ein, insbesondere um Dokumente in einem Koffer, die zum einen ihren Anteil an der Rettung der jüdischen Menschen belegen, zum anderen ein Auskommen gesichert hätten. So erfährt sie, dass ihr aus den Filmrechten 25.000 Dollar zugestanden hätten (auch sie war Vertragspartnerin) – sie wird sie nie erhalten. Sehr spät, als sie ihre Landwirtschaft bereits aufgeben musste, da sie weder die Arbeiter bezahlen noch Tierfutter kaufen kann, erhält sie 6000 Dollar – als großzügige Geste für einen Film, der 123 Millionen US Dollar einspielte. Anwälte, ihre Rechte durchzusetzen, kann sie sich finanziell nicht leisten, daher lebt sie von bescheidenen Zuwendungen. Erst die schon erwähnte Recherche von Erika Rosenberg und deren unermüdlichen Einsatz für Emilie Schindler selbst und die Darstellung des Anteils von Emilie an den Rettungsaktionen ändern einiges. Das letzte Kapitel des Buches befasst sich mit diesen späten Anerkennungen.

Eine Dokumentation von *arte* unter dem Titel „Emilie Schindler. Die vergessene Heldin“ (noch bis 18.8.2024 in der Mediathek) bringt ebenfalls Licht ins Dunkel. Dem Buch beigelegt sind zahlreiche Originaldokumente und Fotos, die zur Veränderung der etablierten Geschichtsschreibung beitragen.

Erika Rosenberg (Hrsg.): Ich, Emilie Schindler. Erinnerungen einer Unbeugsamen. Langen-Müller Verlag, München 2022, 256 Seiten, 20,00 Euro.

Wo ist Benjamin Bathurst geblieben?

von Detlef Jena

Ihre Excellenz, Frau Annalena Baerbock, stammt aus dem royal verinnerlichten Hannover. Wenn sie in die weite Welt eilt und ihre Fernsicht von einer feministischen Friedensordnung unter den stählernen Flügeln der NATO mit missionarischem Eifer deutlich macht, identifiziert sie sich gerne als bürgerliche, grüne Brandenburgerin. Man weiß natürlich nicht, ob es daran liegt, dass ihre Kreuzzüge aus diesem Grund gelegentlich mit reisetechischen Kapriolen behaftet sind. Brandenburg ist für Diplomaten auf jeden Fall eine gefährliche Region. In Brandenburg hat sich schon vor Zeiten einer der besonders mysteriösen Kriminalfälle in der Geschichte der europäischen Diplomatie ereignet: 1809 verschwand ein britischer Diplomat in der kleinen Stadt Perleberg und ward niemals wiedergesehen!

Seit April 1809 kämpften England und Österreich in der Fünften Koalition gegen Napoleon und die im Rheinbund vereinigten deutschen Staaten. Der Frieden von Schönbrunn beendete diese Kriegsrunde am 14. Oktober zugunsten Napoleons.

Am 25. November 1809 ist der Diplomat Benjamin Bathurst in Perleberg aufgetaucht. Er hatte angeblich im Auftrag seiner Regierung in Wien mit Österreichs Kaiser Franz I. über ein gemeinsames Vorgehen gegen Napoleon verhandelt. Da der junge Mann erst 25 Jahre alt war, sind Zweifel angebracht, ob er tatsächlich der qualifizierte Sachwalter einer derart heiklen Mission sein konnte. Ohnehin arbeitete der Krieg gegen ihn. Am 6. Juli 1809 schlug Napoleon die Österreicher bei Wagram und zwang sie dann im Oktober zum besagten Friedensvertrag. Napoleon

mochte die Briten bekanntlich nicht besonders leiden und so musste Badhurst die Kaiserstadt verlassen.

Eilig hatte er es allerdings nicht. Die Abreise erfolgte erst Wochen nach dem Frieden von Schönbrunn. Er fuhr nachweislich in einer eigenen Kutsche nach Berlin, ohne durch irgendwelche technischen Pannen aufgehalten zu werden. Weit interessanter ist jedoch die Tatsache, dass er auf dieser Reise nur Staaten des von Napoleon diktierten Rheinbundes unbehelligt durchquerte, in denen die französische Geheimpolizei allgegenwärtig war. Zeitzeugen bestätigten jedoch offensichtlich wahrheitsgemäß, dass Badhurst sich permanent bedroht und verfolgt fühlte. Selbstverständlich!

Von Berlin aus fuhr er, versehen mit preußischen Reisepässen, als Kaufmann Koch mit zwei Begleitern in Richtung Hamburg. In den Mittagsstunden des 25. November erreichte er also Perleberg, das Ackerbürgerstädtchen in der Prignitz. Nur der steinerne Roland auf dem Marktplatz erinnerte an die einst glänzenden Geschäfte in der Hansestadt. Nun jedoch ein tristes Bild! Über den realen Ablauf der Ereignisse an diesem trüben Novembertag existieren die unterschiedlichsten und einander oft genug widersprechende Aussagen. Fest steht, dass Badhurst bis zum Abend in der Poststation in hektischer Folge mehrfach neue Pferde ein- und wieder ausspannen ließ. Im Gasthaus „Zum weißen Schwan“ hat er hastig gegessen. Vom Militärkommandanten Friedrich von Klitzing, einem frustrierten jungen Offizier, den man in Perleberg gegen seinen Willen entsorgt hatte, erbat sich Badhurst eine bewaffnete Eskorte. Er fühlte sich verfolgt. Doch von wem? Der Kommandant stellte ihm zwei Kürassiere zur Seite, die Bathurst gegen 19 Uhr wieder wegschickte. Er ließ erneut einspannen, lief erregt umher und prüfte immer wieder seine Pistolen. Gegen 21 Uhr, der Platz vor der Posthalterei wurde nur dürrig erhellt, nahm er die Kutsche noch einmal akribisch in Augenschein, trat hinter den Pferden unvermittelt in die finstere Nacht hinaus und verschwand, ohne dass einer der Umstehenden irgendein Geräusch, eine besondere Bewegung oder eine andere Ungewöhnlichkeit bemerkt hätte. Die Nacht von Perleberg verschluckte den jungen englischen Diplomaten und niemand hat ihn jemals in der Prignitz wiedergesehen. In England ist er nie angekommen.

Eine erste Überprüfung ergab, dass sein Pelz fehlte, den er allerdings nicht getragen hatte, als man ihn zum letzten Mal gesehen hatte. Nun, der Dieb wurde schnell ermittelt – unwichtig. Die preußisch gründlichen Ermittlungen liefen wie in Friedenszeiten auf vollen Touren, nur noch ein wenig akkurater. Man fürchtete diplomatische Querelen mit England inmitten des Krieges. Doch erst zwei Wochen später fand man in einem nahen Waldstück ein von zwei Einschüssen durchlöcherter Beinkleid, das Bathurst sofort und eindeutig zugeordnet wurde. Ein hübscher Fahndungserfolg – mit einem Makel. Am Tatabend hatte man keine Schüsse gehört. Einschusslöcher in der Hose waren auch keine besonders überzeugenden Indizien für ein Kapitalverbrechen. Vor allem jedoch, die Hose war so demonstrativ auf einem Waldweg abgelegt worden, dass sie offensichtlich gefunden werden sollte. Außerdem hatte man den Weg bereits mehrfach abgesucht und dabei nichts gefunden. In demselben Waldstück fand man erst einhundert Jahre später ein menschliches Skelett, das jedoch mit den damaligen Analysemiteln nicht identifiziert oder gar als sterblicher Überrest des geheimnisvollen Diplomaten erkannt werden konnte.

Soweit – so rätselhaft. Hier liegt ein fantastischer Nährboden für Verschwörungstheorien mancherlei Art vor, die mit lustvoll fließendem Speichel über die Jahrhunderte hinweg Bestand besitzen. Das Verschwinden des vorher quasi namenlosen Badhurst rief in der Tat die wildesten Spekulationen hervor. Es ging um einen Fall, der direkt in den Europa erschütternden Krieg gegen Napoleon hineinragte. Der preußische König Friedrich Wilhelm III. wollte 1810 in der ohnehin demütigenden Lage seines zerstückelten Reichs keine zusätzlichen Konflikte mit Napoleon. Er neigte darum zu der Vermutung, Badhurst hätte in einem Anfall von Verfolgungswahn Selbstmord begangen. Trotzdem ließ der König von seinen militärischen, zivilen und juristischen Beamten gründlich in alle Richtungen ermitteln. Ein handfestes Ergebnis gar mit französischem Hintergrund kam dabei nicht heraus. Merkwürdig. Die allgemeine Volksmeinung in deutschen Landen lief doch darauf hinaus, dass Badhurst vom französischen Geheimdienst entführt und ermordet worden ist. Absolut! Napoleon hatte 1804 auch den Herzog von Enghien entführen und erschießen lassen!

Doch welches Motiv sollte Napoleon für den Tod des Briten besessen haben? In diesen Kriegsjahren reisten Diplomaten von ganz anderem politischen Kaliber kreuz und quer durch Feind- und Freundesland. Da war Badhurst ein Leichtgewicht. Seine mutmaßliche Mission in

Wien war ohnehin erledigt. Von ihm ging keinerlei Bedrohung für Napoleons Herrschaft aus. Obendrein Perleberg zum Tatort zu wählen, darauf konnten nur besonders schlichte Gemüter kommen.

Trotz aller Nachforschungen durch Behörden und auch durch Familienangehörige über Jahrzehnte hinweg: Bathurst bleibt auf rätselhafte Weise verschwunden. Das verspricht auch Gewinn! 1935 hat die UFA aus dem Sujet den Spielfilm „Der höhere Befehl“ gemacht, in dem sogar die einstige Diva Lil Dagover mitwirkte.

Ein Herr Josef Schmidt aus Sindelfingen hat ganze Kästen mit Dokumenten zusammengetragen. Er wollte ein Buch schreiben, ist darüber aber gestorben. Vor seinem Tode hat er das Material der Stadt Perleberg überlassen und die vermarktet die Dokumente nun zeitgemäß, u.a. 2009 in einer Ausstellung. Es bleibt dem interessierten Leser letztlich nur eine kleine unscheinbare Broschüre, 2004 herausgegeben, „Das Geheimnis von Perleberg“ – und die eigene Phantasie.

Warum soll man sich überhaupt noch angesichts des überwuchernden Kriegsgeschehens damals und heute mit dem diplomatischen Eklat von 1809 beschäftigen? Noch dazu, weil das Fernsehen mit seinem Bildungsauftrag für die gutgläubigen Menschen durch die tagtägliche Präsentation gewaltsam zu Tode gekommener Bürger lebhaft an der eigenen Nichtigkeit arbeitet. Ach doch, es gibt zwei Gründe.

Das kleine Perleberg sieht in dem Casus eine verzweifelte Chance zur Existenzwahrung in der freiheitlichen Marktwirtschaft.

Und vor allem: sind nicht vielleicht bereits 1809 die Russen bei der Entführung lebhaft mit im Spiel gewesen? War der Brite ein Doppelagent? Sehr merkwürdig, dass bislang noch kein politisch lenkender Kopf in Deutschland dafür mittels Gutachten handgreifliche Mutmaßungen an die Öffentlichkeit getragen hat. Da hätte Frau Baerbock doch wirklich eine hübsche Aufgabe – zumal sie dem Volk gerade ganz offenerherzig und vertrauensvoll mitgeteilt hat, künftig keine Bundeskanzlerin werden zu wollen. Da könnte sie in Brandenburg wertvolle Arbeit leisten und endlich die Russland-Intrige um den abgängigen Bathurst entschleiern.

Auch im Trivialen besitzt die Kunst eine solide Heimstatt.

Urlaub für immer

von *Henry-Martin Klemt*

In der Zweifelsfalle stehe ich
mit dem Gesicht zur Stille
hin. Mit offenem Mund
atme ich und schweige. Schweige
ein und aus. Verneige mich vor der
Photosynthese. Ein Wurzelloser
im Wald, seh ich mich satt an der
hungrigen Anarchie. Die schnellfüßige
Frühlingsliebe ist mein Orakel. Mein
Zauberspruch sind die Vogelzüge. Nichts
hab ich vergessen. Nichts zu sagen,
was nicht in aller Munde schon
zerkaut und zerredet wäre. Ich glaube
an Kriege, an Säuberungen, an den
Auszug aus allen Paradiesen und aus
Ägypten, an den Bruch eines jeden
Versprechens wie aller Pakte des
Packs. Ich glaube allem Erlebten, dass
alles vergessen wird, wenn die Sonne
aufgeht, die Schlafwandler an ihr

Tagwerk marschieren. Kriegsflüchtig, friedenssüchtig. Die Schoßhunde der Macht verbellen eine untergegangene Welt, damit sie nicht den Untergang stört, der alle Tage seinen Knochen wirft in den schönen Zwinger der Historiker. Unbelehrbar, aber gut zu dressieren im erdumspannenden Netz der Gewißeiten, organisiert sich Menschheit wie Eisenspäne zwischen den Polen der guten Sache und der guten Sache, unversöhnlich, und die Spiegel spucken die Gesichter aus, bevor sie erblinden. Ohnmacht will wenigstens rechthaben. Macht ist zu schwer, zu blutig und niemals gut genug auf Dauer. Weltmeisterschaft mit ewigem Viertelfinale. Immer on stage, unplugged und auf eigene Rechnung. Da ist es einfacher, wählen zu gehen, die Zeche zu zahlen und die Zeche zu prellen, wo's geht, nämlich unten, sich stark zu fühlen, wenn die Ladung der Pole mal wechselt, als hätte man's selber vollbracht. Oder man nimmt, was man kriegen kann: Her mit dem Brot und den Spielen! Dort der Knüppel, hier das Transparent. Der Wasserwerfer dort, hier das heraushängende Auge. Hier die gestürzte Börse, den Dreck aus dem Fenster hinaus, dort die Vollstrecker, Stiefel treppauf. Wie schreit man: Motherfucker in geschlechtersensibler Sprache, damit sich jederzeit jeder gemeint fühlen kann? Vergewaltigungen in Beton. Landschaft mit brennender Lunge. Schön, wenn vergangene Zeiten Kleider leihen und Lieder und Lust kommender Zeit. Wenn die Felder Schätze ausschwären und Geheimnisse preisgeben und die Steine Geduld und die Brandung Nichtaufgebenkönnen. Wenn die Henker schrumpfen, den abgeschlagenen Kopf in der Faust, auf das Gardemaß der Amöbe. Das habe ich alles gesehen, die Gegenwart, die schon die Zukunft war, die noch Vergangenheit bleibt. Das hast auch du alles gewußt seit dem Tag, als der erste Schlag dich traf aus dem Nichts, als der erste Verrat dich würgte. Warum liebst du einen Menschen? Um dich lieben zu können? Du liebst, wenn es gelingt, die Menschheit in dir. Dort ist sie aufgehoben als Hoffnung, dass die Räder unter deine Kinder

kommen, die leichtsinnigen, durch nichts geschützt vor der Verzweiflung am heiteren Morgen, als dass sie da sind und eine Nachricht empfangen, die sie betrifft. Urlaub für immer: mein Privileg und mein Wald, der dem Meer weicht, das der Wüste Platz machen muss, der Steppe, aus der eine Stadt wächst der wurzellosen Dünnhäuter. Verletzbar sind sie, faul und fruchtbar. Friedliche Lügner und aufrichtige Mörder. Unfaßbare, die einander berühren in einem, ja doch: gemeinsamen Traum.

Juli 2024

Dauerhafte Momentaufnahmen – Berlin der Künstler

von Klaus Hammer

Warum haben seine Blätter, die ebenso impulsiv wie präzise sind, eine so zarte, spröde und unverwechselbare Ausstrahlungskraft? Der 2001 verstorbene Berliner Nestor der Zeichnung und Grafik Arno Mohr hat nicht gern von Gefühlen gesprochen, wo er doch eine strenge Disziplin am Werk wusste. Gleichwohl war die Sensibilität, eine hohe reizbare Empfindsamkeit, die Feinstimmung des Sensoriums, die Voraussetzung für seine Arbeiten.

Viele hat er zeichnen und drucken, Maß halten gelehrt, die dann selbst anerkannte Künstler geworden sind. Und doch sagte er von sich: „Meine Hochschule war und ist die Straße“. Das spezifisch Berlinische war für ihn ein bestimmender Wesenszug seiner Kunst. Das Liebermann-Wort „Zeichnen heißt Fortlassen“ hat Mohr – besonders in den Lithografien – in eine ihm gemäße Form umgesetzt. Sein Weg führte den Meister vom Arbeitsplatz und von der eigenen Wohnung zu den Berliner Kneipen, Kaffeehäusern und Gartenlokalen an der Spree, vom S-Bahnhof am Hackeschen Markt und der Weidendammer Brücke zur Oranienburger Straße, Chausseestraße und Unter den Linden, von der Friedhofsecke und dem kleinen Rummelplatz in Alt-Berlin zur Museumsinsel mit ihren imponierenden Bauten. Er nahm den „Einsamen Mann“ wie einen dunklen Punkt in der unendlichen Horizontale der Landschaft wahr, beobachtete aus der Ferne die kleine Unterhaltung zweier Frauen („Auf dem Balkon“, Radierung, 1996). Er wählte einen „unscheinbaren“ Teilaspekt und führte ihn auf überraschende Weise weiter. Die Szene komplettierte er nicht zum Genrebild. Ihm „genügte“ ein fragmentarischer Stil, oft eine Minimalgeste nur.

Vor allem ostdeutschen Künstlern des wiedervereinigten Berlin hat die Galeristin Sabine Ulber, die die 1990 von ihrem Vater Peter Röske gegründete Galerie der Berliner Graphikpresse in Berlin-Friedrichshain so erfolgreich fortgeführt hat, Präsenz und Wirkung vermittelt. Es wurden Mappenwerke und Künstlerbücher herausgegeben. Die jährlichen Kunstauktionen der Galerie waren bildkünstlerische Höhepunkte in der Hauptstadt. Ihre Galerieräume in der Innenstadt musste sie ja aufgeben und nun hat sie sie in ihrem Domizil in Altglienicke neu eröffnet.

Mit „Berlin im Blick. Künstler sehen ihre Stadt“ haben sich Künstler zusammengefunden, die mit ihrer Galerie eng verbunden waren und sind.

Ja, das stille Medium der Zeichnung und Grafik haben viele von Arno Mohr gelernt. Die Poesie der Szene kann nur in künstlerischer Form überleben, sie beruht auf der freien Erfindung der Formelemente und dennoch ihrer klaren zeichnerischen Präsenz. Das zeigen die Blätter von einstigen Schülern Arno Mohrs, aber auch befreundeter Kollegen anderer Herkunft, die sich mit dem Berlin-Thema auseinandergesetzt haben.

Beklemmende menschenleere architektonische Situationen geben Manfred Butzmans Farb- offsetlithografien und Aquatintaradierungen – auf dem für sie charakteristischen unregelmäßig-körnigen Grund – wieder: Ein Ost-Berlin der 1980er Jahre, unbestechlich in seiner Authentizität, Kriegs- und Nachkriegszeit mit einbeziehend, Alt- und Neubauten im Mit- und mehr im Gegen-einander, architektonische Disproportionen, die auf die Sozialstruktur verweisen, das Mauerwerk mit sprechenden Erosionen, die Geschichte, Witterung, Umweltschäden bewirkt haben („Berliner Giebelwände“, 1981; „Stadtbahnwände“, 1986).

Antje Fretwurst-Colberg ist in ihren meist kleinformatigen Ölbildern und Gouachen immer wieder zu vertrauten Berlin-Motiven zurückgekehrt. In einem unbewachten Augenblick konnte sie die Menschen und Dinge beobachten. Immer wieder überrascht sie die vertrauten Dinge in ihrem Blickfeld, beschneidet sie auf merkwürdige Weise, malt sie von unerwarteten Winkeln aus. Sie entwickelt einen ausgesprochenen Sinn für das Räumliche, für verkürzte oder erweiterte Perspektiven und Horizonte, für versetzte Sichten („Kahn an der Jannowitzbrücke“, Gouache über Radierung, 1991). Geheimnisvoll, still liegt die Farbe auf ihren fast stilllebenhaften Bildern, wie Gedanken, die sich lautlos auf ihren Gegenständen abgelagert haben.

Für den Zeichner, Grafiker und Maler Dieter Goltzsche wurde seine Umwelt zum Fokus, zur Welt im kleinen Maßstab. Sie lieferte ihm Anlass und Hintergrund, um heutige (Großstadt-)Erfahrung in der ganzen Spanne zwischen Unrast und Einsamkeit, zwischen visionärem Träumen und banaler Alltäglichkeit tagebuchartig einzufangen. Seine Formwelt entfaltet sich aus den ausbalancierten Bezügen farbiger Texturen, aus dem Wechselspiel von Anpassung und Kontrast, aus assoziativen Zuordnungen. Der Improvisation, der Freiheit des Spiels folgt die zunehmende Begrenzung durch Definition, durch Form- und Farbentscheidung. Das Flüssige gerinnt zum Festen, das Diffuse zum Geformten, und dieses wiederum tendiert zur Auflösung. Der Vielsichtigkeit der Welt, die das jeweils eine, stets unvollkommene oder falsche Weltbild abgelöst hat, entspricht im Künstlerischen die Vielfalt des offenen Experiments.

Für den 1991 früh verstorbenen Gererot Richter wird die Sprache der Radierung, ihre Sprödigkeit und Schönheit, nicht ihre Technik dominant. Dabei sind seine Arbeiten in einer Weise diszipliniert, die das freie Spiel erst möglich macht. Er gibt gleichnishaft Landschaften („Die neue Friedrichsbrücke“, Radierung, 1987), lässt in ihnen poetische Bildphantasie und Fabulierkunst walten. Es geht ihm ja nicht darum, treffend abzubilden, sondern zu strukturieren und zu erfinden. Der Vorgang forschenden Sehens kann auch die Illusion von Vorne und Hinten auf der Fläche erzeugen.

Klaus Roenspieß – 2021 verstorben – hat fast ein ganzes Menschenleben zwischen Berlin-Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain verbracht. Scheinbar wird das Gegenständliche verschluckt durch die monochrome Farbe („Berliner Kanal“, Holzschnitt, 1988), man hat auch von einer „schwarzen Periode“ gesprochen. Geisterhaft, vexierbildhaft tauchen gegenständliche Motive auf, die sich das Auge des Betrachters erst aus dem Farbgefüge zusammensuchen muss. Er vermag so eine Sprache von unerhörter Sensibilität zu entwickeln. Seit Mitte der 1980er Jahre hat sich seine Farbskala erhellt, ist die Bildtektonik in Bewegung, in Veränderung geraten. Es geht Roenspieß nicht um den flüchtigen Augenblick, nicht um das Vorüberhuschende und Entgleitende der Erscheinung, sondern um deren Dichte und Dauer im Sinne der gestalteten Malerei, die sich in die Natur nicht mehr einfühlte, sondern ihr eine Ordnung entrisen hat, die im Kunstwerk jetzt selbständig gegenüber der Natur steht.

Lapidar sind Ursula Strozynskis Kaltadelradierungen, von denen sie einige auch aquarelliert hat, Monotypien, Collagen und Arbeiten in Mischtechnik betitelt. Es sind klare, reduzierte, auf das Wesentliche orientierte Architekturlandschaften, Konstruktives aus Stahl, Glas, Mauerwerk und Beton, rhythmisch strukturiertes. Von der Offenheit des Unbestimmten verläuft ihr Arbeitsvorgang zur erreichbaren Klarheit und Bestimmtheit. Der Strich wird zum Stützwerk, die Konstruktion schiebt sich vor die Darstellung. Das eigentliche Thema tritt erst in der Endphase, im Zustand der Verdichtung und Verbindung der Ebenen in Erscheinung.

Noch weitere Künstler müssten genannt werden: Klaus Magnus, Monika Meiser, Harald Metzkes, Manfred Pietsch, Gottfried Richter, Anke Rische und Susanne Schüffel. Für alle aber gilt: Sie komplettieren die Szene nicht zum Genrebild. Ihre Blätter sagen viel, aber sie erzählen nicht. Mit sparsamstem Strich vermögen sie eine unverwechselbare Atmosphäre zu vermitteln. Die besondere Stimmung der Szene teilt sich dem Betrachter so einprägsam mit, dass er sie noch lange im Gedächtnis behalten wird. Berlin hat viele Gesichter, aber jeder Künstler bringt eine ganz unverwechselbare Sicht- und Ausdrucksweise in die Ikonographie dieser Stadt ein.

„Berlin im Blick. Künstler sehen ihre Stadt.“ Galerie der Berliner Graphikpresse. Am Falkenberg 25, 12524 Berlin-Altglienicke, bis 31. August. Katalog als pdf verfügbar. Öffnungszeiten und weitere Informationen [online](#).

Berliner Secession

von Hermann-Peter Eberlein

Wer jemals in der Berlinischen Galerie zugleich fasziniert wie schauernd vor Anton von Werners Monumentalschinken „Enthüllung des Richard-Wagner-Denkmal im Tiergarten“ von 1908 gestanden hat, weiß, wogegen sich der Berliner „Aufruhr in der Kunst um 1900“ richtet: gegen eine Malerei, die beflissen und fotorealistisch die aristokratischen und großbürgerlichen Eliten des Wilhelminischen Reiches feiert, porträtiert und überhöht.

In der Tat hat Wilhelm II. bei der Eröffnung der Siegesallee (heute ein Spazierweg) im Tiergarten 1901 in seiner sogenannten „Rinnsteinrede“ alle modernen künstlerischen Strömungen, die nicht seinem Geschmack entsprachen, als „in den Rinnstein niedergestiegen verworfen“. Jener Anton von Werner, seit 1875 Direktor der Berliner Kunstakademie, war wichtigster Exponent solchen Kunstverständnisses, das die künstlerische Szene der Hauptstadt über Jahrzehnte prägte und die jährlich stattfindenden Großen Berliner Kunstausstellungen dominierte.

Dagegen formierte sich Widerstand: Im Februar 1892 gründeten elf Künstler – darunter Walter Leistikow und Max Liebermann – die *Vereinigung der XI*; später rückten Max Klinger, Dora Hitz und Martin Brandenburg nach, Arnold Böcklin wurde Ehrenmitglied. Im November desselben Jahres veranstaltete der eher konservative *Verein Berliner Künstler* eine Ausstellung von 55 Gemälden Edvard Munchs, die einen Riesenskandal auslöste und schließlich auf Betreiben Anton von Werners abgebaut wurde. Doch nun war die künstlerische Avantgarde auch in Berlin angekommen – bisher war in Deutschland München ihr Zentrum gewesen.

Sechs Jahre später, im Mai 1898, gründete sich schließlich die *Berliner Secession*, deren Präsident Liebermann wurde. Sie galt bald als besonders fortschrittlich. Erstmals nahm sie auch Künstlerinnen auf, beschäftigte sich mit dem neuen Medium der Fotografie und überschritt die Grenzen zu anderen Kunstgattungen: „So gab es erstaunlich viele Verbindungen zwischen den Avantgardekünstlern und den naturalistischen Schriftstellern“, darunter Gerhart Hauptmann und Arno Holz. Und die „Secessionismalerin Sabine Lepsius stellte dem zunächst noch wenig bekannten Dichter Stefan George ihren Salon exklusiv zur Verfügung und inszenierte weihevoll Lesungen, die Georges Ruhm mehrteten“. Man traf sich in diversen Ateliers, am Müggelsee, wo der *Friedrichshagener Dichterkreis* um Wilhelm Bölsche und Bruno Wille zusammenkam, man verkehrte im „Schwarzen Ferkel“ an der Ecke *Unter den Linden* und *Neue Wilhelmstraße*, wo eine internationale Bohème um Strindberg, Munch, Richard Dehmel, Peter Hille und den polnischen Schriftsteller Stanislaw Przybyszewski ein- und ausging – und man begegnete sich selbstverständlich auch im „Café des Westens“ am Kurfürstendamm, dem legendären Zentrum des intellektuellen Berlin in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Das neu errichtete Ausstellungsgebäude der Secession in Charlottenburg erwies sich bald als Publikumsmagnet.

Leitgestalt für die Geschichte der Secession ist Max Liebermann, der mit Lovis Corinth und Max Slevogt das Dreigestirn des deutschen Impressionismus bildet. Aber schon 1907 muss Liebermann feststellen, dass die Revolutionäre von gestern die Klassiker von heute sind. Bereits 1902 hatten

sechzehn Künstler die Secession verlassen, 1910 kam es erneut zu Austritten vornehmlich expressionistischer Maler, darunter Max Beckmann und Max Pechstein. Sie bildeten im April desselben Jahres die *Neue Secession*, deren erste Ausstellung sie unter dem Titel „Zurückgewiesene der Secession Berlin 1910“ bereits im Mai eröffnen konnten.

Innerhalb der alten Secession garte es weiter: Im Frühjahr 1910 wurde Emil Noldes Bild „Pfingsten“ von der Jury der Secession zurückgewiesen. Daraufhin veröffentlichte Nolde in der Zeitschrift *Kunst und Künstler* einen Protestbrief, in dem er nicht nur die Secession als „schwerfälligen, reaktionären Verein“ bezeichnete, sondern auch Liebermann persönlich aufs Übelste diffamierte. Prompt wurde Nolde, der sich bereits vorher der *Neuen Secession* angeschlossen hatte, aus der alten ausgeschlossen. Liebermann legte gemeinsam mit anderen Vorstandsmitgliedern 1911 den Vorsitz nieder, Corinth wurde sein Nachfolger, konnte aber ab Dezember wegen eines Schlaganfalls sein Amt nicht ausüben. Nach seinem Tode 1925 wurde das Präsidentenamt abgeschafft.

Max Liebermann musste wie alle jüdischen Künstler 1933 die Sezession verlassen, viele Bilder von Mitgliedern der Gemeinschaft fanden sich 1937 in der großen Schau „Entartete Kunst“ in München wieder. Das frühere Secessionsmitglied Paul Schultze-Naumburg allerdings schlug einen anderen Weg ein: Ab Mitte der 1920er Jahre hatte er Hitler, Goebbels und Himmler bei sich zu Gast, von 1932 bis Kriegsende war er Reichstagsabgeordneter der NSDAP und schließlich wurde er von Hitler in seine „Gottbegnadeten-Liste“ aufgenommen.

Zu den interessantesten Abschnitten des Buches, das die Berliner Kulturwissenschaftlerin Roswitha Schieb zur Geschichte der Secession geschrieben hat, gehören die über den Umgang Liebermanns mit seinem Judentum. Konfrontiert mit dem latenten Antisemitismus der Kaiserzeit blieb ihm nur der Weg nach vorn. So schreibt er seinem mit demselben Judentum hadernden Neffen Walter Rathenau: „Ich betrachte die Juden liebevoll oder bemühe mich wenigstens, es zu thun: die Ärmsten – denn die Reichen lassen sich taufen – sind, wenn sie fehlerhaft, zu ihren Fehlern gezwungen worden. Auch könnte man die Fehler, die Du ihnen vorwirfst, den meisten Christen vorwerfen. Au fond sind’s alles Menschen, die sich gar nicht so sehr voneinander unterscheiden“.

Liebermann war stolz auf sein Judentum und sah die „jüdische Rasse“ als höherwertig an. In einem Gespräch mit Richard Dehmel im Jahr 1909 ist es Liebermann, der auf dem Rassebegriff insistiert: Er nämlich sei als Jude noch „Vollblut“, „die anderen sind schon meistens alle so ins allgemein Menschliche vermenschlt“. Und: „Dumm muß der Künstler sein, dumm und geil! Und das kann blos (sic!, H.-P. E.) ein Rassekerl!“ Das Rasse Thema konnte eben 1909 noch „als ironisch-spielerischer Konversationsstoff herhalten“, vom jüdischen Künstler gebraucht, um „seine Verletzungen durch antisemitische Vorwürfe zu verdecken“.

Ein besonderes Kapitel widmet Schieb den Frauen in der Sezession: Sabine Lepsius, deren Bild ihrer Tochter Monica bei der Sezessionsausstellung 1900 ein großer Erfolg war, Julie Wolfthorn, Maria Slavona aus Paris (das einzige korrespondierende Mitglied), Clara Sievert, Ernestine Schultze-Naumburg, Lovis Corinths Schülerin und spätere Frau Charlotte Berend (die einzige Frau in der Jury der Sezession), die bereits genannte Dora Hitz und natürlich Käthe Kollwitz, deren Radierungen wie „Vergewaltigt“ aus dem Jahre 1907 auch die Konventionen der Sezession sprengten. Im Gegensatz zu den Verhältnissen in Paris hatten Malerinnen es in Deutschland schwer: Es mangelte an Ausbildungsmöglichkeiten, Berufstätigkeit von Frauen galt als anrühlich und nicht zuletzt schürte die männlich dominierte Kunstwelt durchaus Vorurteile gegenüber den künstlerischen Fähigkeiten von Frauen.

„In der Berliner Secession begegnete Deutschland zum ersten Mal der Moderne“, schreibt Schieb. Das scheint mir dann doch erheblich zu hoch gegriffen zu sein, denkt man an die Umbrüche in Technik und Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, die das ganze 19. Jahrhundert durchziehen und geprägt haben. Aber ein halbes Jahrhundert deutscher Geschichte im Spiegel der Kunst und einer Künstlergemeinschaft zu präsentieren: in einem schönen, nicht zu voluminösen, hervorragend ausgestatteten und bebilderten, zugleich wissenschaftlich fundierten wie unterhaltsam zu lesenden Buch – das gelingt selten. Die Autorin hat es geschafft und der Rezensent hat es genossen.

Roswitha Schieb: Die Berliner Secession. Aufruhr in der Kunst um 1900. Elsengold Verlag, Berlin 2022, 256 Seiten, 26,00 Euro.

Ein Leben im Schatten des Vaters

von Mathias Iven

Am 1. Januar 1949 notiert Klaus Mann in seinem Tagebuch: „I am not going to continue these notes. I do not wish to survive this year.“ („Ich werde diese Notizen nicht weiterführen. Ich wünsche nicht, dieses Jahr zu überleben.“) Seit Anfang Dezember 1948 hält er sich bei seinen Eltern im kalifornischen Pacific Palisades auf. Ende März reist er von dort über Amsterdam, Paris und Marseille nach Cannes, wo er am 4. April 1949 eintrifft. Seit zwei Jahrzehnten ist Klaus Mann drogenabhängig. Anfang Mai begibt er sich nach Nizza, wo er sich in der Clinique St. Luc zum wiederholten Mal einer Entziehungskur unterziehen will. Nach nur zehn Tagen verlässt er die Klinik und kehrt nach Cannes zurück – wenig später wird er rückfällig. Am 21. Mai 1949 entdeckt man ihn gegen Mittag ohnmächtig in seinem Hotelzimmer. Er wird in die Clinique Lutétia transportiert, wo er nach erfolglosen Wiederbelebungsversuchen um sechs Uhr abends verstirbt.

Die Lebensgeschichte von Klaus Mann berührt und fasziniert zugleich. Nach Biographien zu Melitta von Stauffenberg (2012) sowie zu Heinrich und Götz George (2020) hat Thomas Medicus jetzt eine umfangreiche, sich vorrangig an der überlieferten Korrespondenz und den Tagbüchern orientierende Lebensbeschreibung dieses Mitglieds der „amazing family“ vorgelegt.

Der älteste, am 18. November 1906 in München geborene Sohn von Thomas und Katia Mann wuchs in ebenso begüterten wie privilegierten Verhältnissen auf. Schon früh las er alles, was ihm unter die Finger kam und füllte ungezählte Schulhefte mit selbst verfassten Gedichten, Dramen und Prosaskizzen. Sein geradezu exzessives Schreiben und Lesen eröffnete ihm bereits als Kind und Jugendlichen die Möglichkeit, den Wirren des Alltags zu entfliehen und sich in eine fiktive Wirklichkeit zu träumen.

Als Achtzehnjähriger wagte Klaus Mann den Schritt in die literarische Öffentlichkeit. Vermittelt durch seinen Onkel Klaus Pringsheim veröffentlichte *Die Weltbühne* im Herbst 1924 zwei kurze Texte, die sich mit den Dichtungen von Arthur Rimbaud beziehungsweise Georg Trakl befassten. Da Siegfried Jacobsohn die vom Onkel vorgetragene Bitte, die Anonymität des Autors zu wahren, schlichtweg ignorierte, schenken Leser und Kritiker den Zeilen ein besonderes Augenmerk. Rückblickend meinte Klaus Mann, er habe sich damals öffentlich blamiert als „der naseweise Sohn eines berühmten Vaters, der sich nicht entblödet, den Vorteil seiner Geburt geschäftstüchtig und reklamesüchtig auszunutzen“.

Die Unterstützung seines Onkels nahm Klaus Mann dennoch weiter in Anspruch. So war Klaus Pringsheim seinem Neffen nicht nur bei dessen Publikationen behilflich, sondern verhalf ihm auch zur ersten beruflichen Stellung. Die Berliner Tageszeitung *Das 12 Uhr Blatt* stellte ihn als Theaterkritiker ein. Doch lange hielt er es dort nicht aus. Nach nur sechs Monaten – immerhin schrieb er zwischen September 1924 und März 1925 dreißig Kritiken – quittierte er den Dienst. Von nun ab sollte das Unstete sein Leben bestimmen. In seinem großen Erinnerungsbuch *Der Wendepunkt* wird es später dazu heißen: „Meine Unrast – oder meine Angst vor Wiederholung, Monotonie und Überdruß – ließ mich niemals an einem Ort, bei einem Freundeskreis, einer Beschäftigung verweilen. Es trieb mich fort. Immer trieb es mich zum Aufbruch, zum neuen Abenteuer. Ich gefährdete (oder rettete) menschliche Beziehungen, riskierte berufliche Chancen, unterbrach Studien und Amusements – nur aus dem nervös-irrationalen Bedürfnis nach Wechsel und Bewegung.“

Das Jahr 1925 war geprägt von einer schwindelerregenden Publikationstätigkeit. Neben diversen Zeitungsartikeln veröffentlichte Klaus Mann seine ersten drei Bücher. Da war zum einen der Erzählungsband *Vor dem Leben*, den er seiner Schwester Erika widmete. Das Echo auf das Debüt war enorm, gab es doch kaum eine Tageszeitung, die das Buch nicht rezensierte. Zum anderen legte er mit *Anja und Esther* sein erstes und, wie sich zeigen sollte, erfolgreichstes Theaterstück vor. Die Uraufführung fand am 20. Oktober 1925 an den Münchener Kammerspielen statt und sorgte für ein großes öffentliches Aufsehen. Das Stück wurde in den darauffolgenden Monaten nicht nur auf zahlreichen deutschen Bühnen gespielt, auch im europäischen Ausland nahm man es begeistert auf. Und schließlich entstand in diesem Jahr Klaus Manns erster, thematisch an *Anja und Esther* anschließender Roman *Der fromme Tanz*, Untertitel „Ein

Abenteuerbuch der Jugend“. Das Buch war und ist insofern bemerkenswert, da es nicht allein der erste deutschsprachige Homosexuellen-Roman war, sein Verfasser vollzog damit auch in aller Öffentlichkeit sein Coming Out. Für Medicus stellt der Roman des damals Neunzehnjährigen eine Art „frühes Glaubensbekenntnis“ dar; und weiter schreibt er dazu: „Für das Verständnis seines weiteren Lebens wie literarischen Werkes ist dieses Erstlingswerk deshalb von besonderer Bedeutung. Biographie und Literatur stehen hier, wie in allen folgenden Romanen, in engem Austausch miteinander.“

Neben diesen beachtlichen Erfolgen, wurde das Jahr 1925 aber auch zum Auftakt einer lebenslangen, nie offen ausgetragenen Kontroverse zwischen Vater und Sohn. Auslöser dieses familiären Missklanges war der Vorabdruck von Thomas Manns Erzählung „Unordnung und frühes Leid“ in der Juni-Ausgabe der *Neuen Rundschau*. In einem Brief an seine Schwester Erika beklagte er sich über „des Zauberers Novellenverbrechen“; nicht nur der Inhalt des Prosastückes ärgerte ihn – in der Figur des Bert hatte ihn der Vater nicht gerade schmeichelhaft dargestellt –, Klaus Mann fürchtete vor allem, dass die väterliche Neuerscheinung seinem eigenen Debüt die Aufmerksamkeit entziehen würde. Der damit beginnende Konkurrenzkampf wurde seitens des Vaters nie ernstgenommen. „Sohn sein wollen“, so bringt es Medicus auf den Punkt, „und auf den großen Namen des Vaters vertrauen oder lieber ganz auf sich selbst vertrauen, das war für Klaus Mann ein lebenslanger Konflikt.“

Wie für viele andere, so begann auch für Klaus Mann nach der Machtergreifung der Nazis die Zeit des Exils. Am 14. März 1933 verließ er München, deutschen Boden sollte er erst wieder zwölf Jahre später und noch dazu in amerikanischer Uniform betreten. Trotz der widrigen Umstände versiegte seine Schaffenskraft nicht. Zwischen März 1933 und September 1938 entstanden mehr als einhundertsechzig Artikel, hinzu kamen vier Romane, neben *Flucht in den Norden* und dem Tschaikowski-Roman *Symphonie Pathétique* waren das *Mephisto* und Manns letzter, 1939 im Amsterdamer Querido Verlag erschienener „Roman unter Emigranten“ mit dem Titel *Der Vulkan*. Zudem schrieb er Texte für das von Erika auch im Exil weiterhin betriebene Kabarett *Die Pfeffermühle*.

Ende 1945 schloss Klaus Mann in Rom seine letzte, zu Lebzeiten veröffentlichte Arbeit ab. Dabei handelte es sich um das bis dato nicht aufgeführte Drama *Der siebente Engel*, ein auf einer geheimnisvollen Insel angesiedeltes Stück über das mögliche Ende der Welt. Bis kurz vor seinem Tod war er dann noch mit einer Arbeit beschäftigt, die sein Amsterdamer Verleger Fritz Landshoff angeregt hatte. Bereits 1942 war in einem New Yorker Verlag Klaus Manns Autobiographie *The Turning Point. Thirty-Five Years in this Century* verlegt worden. Landshoff schlug ihm vor, das Buch für eine deutsche Ausgabe zu übersetzen. Doch Klaus Mann übersetzte nicht nur, er erweiterte und ergänzte den Text beträchtlich. Die Veröffentlichung sollte er nicht mehr erleben. Erst 1952 erschien das Buch unter dem Titel *Der Wendepunkt. Ein Lebensbericht* bei S. Fischer in Frankfurt am Main und 2006 in einer erweiterten Ausgabe im Rowohlt Verlag.

Zurückblickend auf dieses ereignisreiche und wechselvolle Leben sei noch einmal Klaus Medicus zitiert, der am Ende des Prologs schreibt: „Es gibt Menschen, die ein Zeitalter deshalb verkörpern, weil sie dessen Höhen und Tiefen, Irrungen und Wirrungen, vor allem Gefährdungen bis in die letzte Faser durchleben wie durchleiden. Klaus Mann ist solch eine Symbolfigur.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Thomas Medicus: Klaus Mann. Ein Leben, Rowohlt Berlin Verlag, Berlin 2024, 543 Seiten, 28,00 Euro.

Tintenfasswörter: abundant oder redundant?

von Jürgen Hauschke

Matthias Heine und der Dudenverlag (seit 2022 unter dem Dach des Cornelsen Verlages) haben es schon wieder getan und erneut ein themenbezogenes Wörterbuch veröffentlicht. Nach seinen Büchern „Verbrannte Wörter. Wo wir noch reden wie die Nazis – und wo nicht“ (2019), „Krass. 500 Jahre deutsche Jugendsprache“ (2021) und „Kaputte Wörter? Vom Umgang mit heikler Sprache“ (2022) erschien nun als sein jüngstes Buch „Kluger Wörter. Wie wir den Bildungswortschatz nutzen können und wo seine Tücken liegen“. Über „Kaputte Wörter?“ hatten wir bereits im *Blättchen* (23/2022) berichtet.

Eine kurze aufzählende Bemerkung zum Korpus des Buches über die „klugen“ Wörter: Unter 161 erläuterten Einträgen versammelt der Autor 151 Stichwörter, dazu fünf geflügelte Worte (ab ovo, avant la lettre, Büchse der Pandora, par ordre du mufti, va banque), vier Suffixe (-ant, -är, -ieren, -lateral) und ein Präfix (dis-). Drei der Stichwörter sind nicht flektierbar (qua, respektive, sic!).

Zwar sind die Lemmata alphabetisch geordnet, aber im eigentlichen, engeren Sinne ist es kein Wörterbuch. Es ist eher eine geordnete lexikografische Sammlung wortbiografischer Miniaturen. Ein Glossar sozusagen, nicht als Anhang zu einem Text, sondern als deren Hauptteil.

Für mich ergibt sich gleich beim Lesen des Buchtitels die Frage: Können Wörter wirklich „klug“ sein? Wenn ja, wie verhält es sich dann mit dem Antonym zu „klug“? Können Wörter auch „dumm“ oder „neutraler“ formuliert, „unklug“ sein oder gar etwas zwischen diesen Gegensätzen? Und ist beim sinnvollen Gebrauch von Sprache immer Verstand nötig?

In seinem kurzen Vorwort, das Heine mit der Überschrift „Schwere Wörter – mots savants – inkpot words“ versieht, beschreibt der Autor vornehmlich, was er unter Bildungssprache versteht. „Bildungssprache ist nicht ausschließlich durch die Verwendung bestimmter Wörter gekennzeichnet. Sie ist genauso geprägt von komplexer Satzstruktur, Nominalphrasen, Verbalabstrakta, verstärktem Gebrauch des Passivs und korrekter Beherrschung der Konjunktivformen zur bewussten Markierung von Sprachebenen. Das Wesen der Bildungssprache ist Schriftnähe; [...]“ Das markanteste Kennzeichen der Bildungssprache sieht Heine in der Verwendung eines bestimmten Vokabulars, des Bildungswortschatzes. Dieser wiederum entstamme etymologisch vornehmlich „dem sogenannten Eurolatein“, einem Repertoire lateinischer Wörter und Wortbildungselemente, die auch altgriechische Ursprünge enthielten. Neben dem Griechischen und Lateinischen war später das Französische eine bedeutende Quelle für den Bildungswortschatz. „Ob dieser Status in der Gegenwart durch das Englische eingenommen wird, scheint mir zweifelhaft“, schreibt Heine, dem ist aus meiner Sicht zuzustimmen.

Diskutiert wird der Unterschied zwischen dem Vokabular des *gehobenem Sprachgebrauchs* und dem des *Bildungswortschatzes*. Diese Differenzierung wird in den verschiedenen „großen“ Wörterbüchern wie dem „Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache“, den diversen Duden-Wörterbüchern, dem „Deutschen Wörterbuch“ (Jakob und Wilhelm Grimm) oder dem eingestellten „Wahrig“-Wörterbuch nicht immer gleich gesehen.

Für Heine gehören „gehobene“ Wörter überwiegend zum deutschen Stammwortschatz, während „bildungssprachliche“ Wörter als Fremdwörter „zumeist auf die älteren Bildungssprachen Griechisch, Latein und Französisch zurückgehen.“ Davon lässt er sich bei der Auswahl für sein Buch leiten, zudem bevorzugt er erklärungsbedürftige Wörter gegenüber allgemein bekannten.

So haben es gleich vier Geschwister der griechischen Mythologie ins Buch geschafft: Chimäre, Hydra, Sphinx und Zerberus. Dazu gesellt sich die „eher unbekannte Göttergestalt“ Kairos. Deren „bildungssprachlicher Geheimtipp“ Heines vermutlich bald nicht mehr gilt, seitdem Jenny Erpenbeck mit ihrem ausgezeichneten Roman „Kairos“ reüssiert.

Auch im *Blättchen* werden die „klugen Wörter“ von den Autoren fleißig genutzt. Allein ein flüchtiger Blick ins vergangene Heft belegt unvollzählig: Couleur, Diskurs, Dissens, Narrativ, okroyiert, Paradigma, postulieren, sic!, ubiquitär.

Natürlich ist eine Auswahl für ein Buch immer subjektiv und im Einzelnen diskutierbar, das betrifft sowohl die im Buch aufgenommenen Lexeme als auch die Desiderata. Der Verfasser dieser Besprechung kann zum Beispiel auf solche unsäglichen Modewörter wie „Narrativ“ oder (das nicht aufgeführte) „toxisch“ gut verzichten, die für ihn *kein* Bestandteil des Bildungswortschatzes mehr sind, sondern als angeberische Allerweltswörter Bildung eher vortäuschen als tatsächlich markieren. Seitdem die Narratologie die ursprüngliche Literaturtheorie verlassen hat, erobert das seit wenigen Jahren inflationäre Narrativ die deutsche Blätterwelt und Politikersprache verbunden mit einem schwammigen Begriffsgebrauch. Beim Lesen des Stichworts „aufokroyieren“ bäumte sich sofort mein inneres Sprachgefühl. Ein „weißer Schimmel“ wie „Rückerstattung“ oder „Fußpedal“, als Kinder hätten wir gesagt „doppelt gemoppelt“, heute sagen wir Pleonasmus. Heine zeigt, dass ausgerechnet Karl Marx im „Kapital“ stark dazu beitrug das Wort durchzusetzen. Trotzdem – an Stelle des heute abundanten „aufokroyieren“ reicht das nicht redundante „okroyieren“ völlig aus.

Gerhard Strauß und Gisela Zifonun haben im Umkreis des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache in Mannheim über „Die Semantik schwerer Wörter im Deutschen“ geforscht und veröffentlicht. Heine bezieht sich auch auf deren Forschungen. Er favorisiert aber den französischen Begriff „mots savants“ und leitet von der Übersetzung für sich den Buchtitel „Kluge Wörter“ ab. Kluge Wörter sind vermutlich verkaufsfördernder als schwere Wörter, mag man denken. Die deutsche Übersetzung der englischen Bezeichnung „inkpot words“ gefällt dem Rezensenten jedoch am besten, weil sie nicht moralisierend wirkt und auf die überwiegend schriftliche Ebene des Bildungswortschatzes verweist.

Die Miniaturen zu den einzelnen Lemmata lesen sich durchgängig interessant und angenehm. Die Umfänge schwanken zwischen knapp einer und bis zu drei Druckseiten. Regelmäßig wird die Herkunft und Gebrauchsgeschichte der Begriffe beleuchtet und werden Nuancen und Bedeutungserweiterungen oder semantische Einengungen gezeigt. Immer wieder illustrieren Sprachbelege von Martin Luther, Karl Marx oder Thomas Mann wie später Einflüsse von Martin Heidegger und Jürgen Habermas die Erläuterungen Heines. Aktuelle Referenzen im Wortgebrauch werden anhand von *Zeit*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *Spiegel* sowie Bundestagsdebatten gegeben. In Zeiten der digitalen Möglichkeiten findet jeder Nutzer leicht vielfältige zusätzliche Informationen über den historischen und aktuellen Wortgebrauch des gesamten Wortschatzes im Textarchiv des „Digitalen Wörterbuchs der deutschen Sprache“, das von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften verantwortet wird und sehr zu empfehlen ist.

Neben all dem Gesagten geht der Verfasser dieser Zeilen symbolisch eine Wette ein, dass jeder Leser Begriffe entdeckt, die er noch nicht kannte, geschweige denn nutzen konnte.

Matthias Heine: Kluge Wörter. Wie wir den Bildungswortschatz nutzen können – und wo seine Tücken liegen. Dudenverlag, Berlin 2024, 285 Seiten, 24,00 Euro.

Neue babelonische Sprachverwirrung

*Das Wesen der Sprache besteht
in der Namensgebung; denn erst der Name besagt,
daß ein Wesen erkannt und
damit wirklich geworden ist.*

Günter Kunert

Im Mythos von Babylon (Babel) geht es um die spannende Geschichte, wie Gott einen Turmbau bis über die Wolken in seinen Himmel mit einem Trick verhindert hat – mit der Sprache. Unter den vielen hundert Bauarbeitern verursachte er die legendäre Babylonische Sprachverwirrung, die den Weiterbau des Turmes unmöglich machte. „Sie verstanden das Wort nicht mehr“, heißt es in der Bibel.

Heutzutage schafft unsere Bürokratiegesellschaft sprachlichen Wirrwarr in ihrer diffusen Flüchtlingspolitik ganz ohne Gott und trotz Genfer Flüchtlingskonvention. Dort heißt es seit 1951: Flüchtlinge genießen Schutz. Die Konvention enthält eine Reihe von Rechten und hebt auch die Verpflichtungen der Flüchtlinge gegenüber ihrem Gastland hervor. Der Eckpfeiler ist das im Artikel 33 enthaltene Prinzip der Nicht-Zurückweisung. Diesem Grundsatz zufolge darf ein Flüchtling nicht in ein Land zurückgeschickt werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit ernsthaft bedroht sind. Dieser Schutz kann aber nicht von Flüchtlingen in Anspruch genommen werden, die eine Gefahr darstellen oder ein schweres Verbrechen begangen haben.

Eigentlich könnte die Legende von Babylon ein Fingerzeig dafür sein, wie man mit Sprachwirrwarr generell fertig werden könnte. Ausgelöst durch die leichtfertige Invasion unkontrollierter Flüchtlingsströme im Jahr 2015 diskutiert die politische, behördliche, humanitäre und soziologische Welt unentwegt, was besser klingt und letzten Endes auch sei: *Flüchtlinge* oder *Geflüchtete*. Dass Begriffe wie Flüchtlingswelle oder Flüchtlingsflut all jene, die Schutz suchen, als bedrohliche Masse diskriminieren und womöglich mit Naturkatastrophen gleichsetzen, monieren Flüchtlingsexperten wie zum Beispiel Pro Asyl noch aus anderer Perspektive. Die Endung „-ling“ meinen sie, hätte vermeidlichen Charakter und das Gendern des „Flüchtlings“ fällt schwer, denn eine explizit weibliche Form des Begriffs gibt es nicht. Geflüchtete hätten im Unterschied zum Flüchtling auch den Vorzug, dass „die Ableitung vom Partizip Perfekt ein potenzielles Ende der Flucht schon integriert“. Niemand will auf Dauer ein Flüchtling sein, heißt es lapidar.

Gleichzeitig aber hält das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR nichts davon, das Wort „Flüchtlinge“ durch den Begriff „Geflüchtete“ zu ersetzen. „Wir betrachten das Wort ‚Geflüchtete‘ als abwertend und benutzen es nicht“, sagte der UNHCR-Sprecher Chris Melzer in Deutschland. Am deutschen Namen des UN-Flüchtlingshilfswerks werde auch nicht gerüttelt. „Flüchtling“ sei dagegen „quasi ein geschützter Begriff“. „Er ist durch die Genfer Flüchtlingskonvention seit mehr als 70 Jahren fest definiert und hat eine Schärfe und Stärke, die Menschen schützt.“, „Geflüchtete“ sei zu banal, da „wir alle schon einmal vor irgendetwas geflüchtet seien“.

Das hindert die SPD nicht daran, für eine solidarische Migrations- und *Geflüchteten*politik einzutreten, die Humanität und Ordnung verbindet, wie es im Wahlprogramm heißt. Vor dem sprachlichen Ungetüm *Geflüchteten*politik schreckt sie nicht zurück, wohl aber vor den sogenannten rechtsextremen Ideen. So sieht die AfD in ihr ihrem Wahlprogramm „den wirksamen Schutz der Außengrenzen gegen illegale Zuwanderung“ als eine der Hauptaufgaben Europas an. Als besonderes Problem erachtet man die Einwanderung von Menschen muslimischen Glaubens aus „den Staaten des islamischen Kulturkreises“, was wiederum die CDU nicht zu befürchten scheint. Und die Grünen schon gleich gar nicht.

Außer den Parteien rangeln natürlich auch die zahlreichen ideologischen Ableger – von der Bertelsmann- bis zur Friedrich-Ebert-Stiftung – um die richtige Wortwahl, wobei die Argumente zwischen Flüchtling und Geflüchteten sich hart im Raume stoßen. Doch das ganze inflationäre Geschreibe und Gerede oder Gebabbel ändert nichts daran, dass die Kommunen stöhnen unter der Last, Flüchtlinge oder Geflüchtete – jedenfalls in immer größerer Zahl – unterzubringen und zu versorgen. Da ist weit und breit kein Gott, der dieser babilonischen Sprachverwirrung ein Ende machen könnte! Flüchtlinge werden zu Geflüchteten und umgekehrt.

Film ab

von Clemens Fischer

Es ist hohe Zeit, dem immer noch verbreiteten Mythos zu Leibe zu rücken, das Nazi-Führungspersonal – allen voran Hitler, Himmler, Goebbels und Göring – habe aus so einzigartig abnormen pathologischen Verbrechertypen bestanden, dass sich die Geschichte schon deswegen nicht wiederholen könne. Das gilt gerade in einer gesellschaftlichen Gesamtsituation, in der die AfD am rechten Rand des politischen Spektrums Wählerzuwächse verzeichnet, die offenkundig auch nicht dadurch abgeregelt werden, dass in der Partei so unappetitliches Führungspersonal wie Björn Höcke unterwegs ist oder wie Alexander Gauland, für den das Dritte Reich mit seinen monströsen Verbrechen nur ein Fliegenschiss war. Daher hat Joachim A. Lang mit „Führer und Verführte“ einen sehr notwendigen Film geschaffen. Auch wenn, wie das Filmmagazin *Yorker* hervorhob, die „Täterperspektive [...] bisweilen schwer zu ertragen“ ist.

Der Streifen zeigt den beruflichen und privaten Alltag der obersten Nazi-Täter am Beispiel von Joseph Goebbels (oscarwürdig verkörpert von Robert Stadlober) und die NS-Granden dabei als die höchst durchschnittlichen Menschen, die sie waren: Spießbürger mit Übergewicht (Göring), schlechter Verdauung (Hitler), kruden völkischen Phantasien (Himmler) und mit unsympathischem Geltungsdrang sowie Knatsch wegen Seitensprüngen (Goebbels), die in einer bestimmten historischen Situation an die Macht gelangen konnten, weil erst ein erheblicher Teil des deutschen Volkes ihren Rattenfängerparolen auf den Leim ging und NSDAP wählte und weil nach der Machtergreifung praktisch das gesamte Volk sie gewähren ließ. Zwar war dieses Volk extremer ideologischer Manipulation durch den von Goebbels virtuos gehandhabten Propagandaapparat des Dritten Reiches ausgesetzt, wie Lang nicht nur am Beispiel von Goebbels' berühmter Sportpalastrede („Wollt ihr den totalen Krieg?“) verdeutlicht. Doch es gab auch hinreichend ganz normale Menschen, die durch Mitrun selbst bei schlimmsten Verbrechen ihr ganz privates Schäffchen ins Trockene brachten. Das hat vor kurzem ein anderer Film, „The Zone of Interest“, eindrücklich thematisiert (siehe *Blättchen* 6/2024).

Die Frage des *Spiegels* zu „Führer und Verführte“ jedenfalls, ob Langs Herangehensweise, „die Nazis als Menschen zu zeigen, zielführend“ sei, lässt sich klar bejahen. Oder mit dem Zitat des Holocaust-Überlebenden Primo Levi am Ende des Films beantworten: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: Darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben.“

Völlig unverständlich allerdings ist, worauf Katja Hoyer in der *Berliner Zeitung* hingewiesen hat, dass der Film von „Vision Kino“, einer Institution unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, für eine Empfehlung an Lehrkräfte abgelehnt wurde. Holocaust-Überlebende hatten sich für den Film eingesetzt.

„Führer und Verführte“, Drehbuch und Regie: Joachim A. Lang; derzeit in den Kinos.

*

Im Vergleich zu vor 50 Jahren, als der Besprecher juveniler Kinogänger war, sind sogenannte Kostümfilm lange aus der Mode gekommen. Seinerzeit waren sie speziell im Segment *Mantel und Degen* so angesagt, dass man auf das nächste dieser cineastischen Events nie allzu lange erwidern musste. Protagonisten wie die drei, besser vier Musketiere oder Leinwandhelden, die von Jean Marais, Gérard Barray oder Jean-Paul Belmondo verkörpert wurden, verhedderten sich in ihren knöchellagen Pelerinen nur deswegen nicht, weil sie die vor dem Waffengang mit dem von ihnen artistisch beherrschten Degen von sich warfen. Wenn man seinerzeit das Kino verließ, ging man danach nicht nur grundsätzlich links neben seiner, soweit deren Verführung ins Kino gelungen war, Angebeteten, sondern man wusste auch warum: Um als Rechtshänder im Falle des Falles den Degen zu deren Verteidigung ohne Behinderung ziehen zu können.

Wenn auch leider dem Subsjekt *Mantel und Degen* ziemlich abhold, gelangen Kostümfilm immer noch ab und an in die Kinos. Besprochen in dieser Kategorie wurde hier in diesem Jahr bereits „Geliebte Köchin“ (siehe *Blättchen*, 5/2024).

Der aktuelle Kostümfilm ist „King's Land“. Ein Ex-Soldat versucht im 18. Jahrhundert in einem Dänemark, dessen herrschende Klasse an Unsympathie allenfalls noch durch das weit früher agierende Führungspersonal des Shakespeare'schen Dramas *Hamlet* übertroffen wird,

eine sich jeder wirtschaftlichen Nutzung penetrant verweigernde Heide Landschaft für den Ackerbau urbar zu machen. Solches wirtschaftlich ungenutztes Land war in Dänemark Eigentum des Königs. Man brauchte zum Kolonisieren eine behördliche Genehmigung. Die bekommt der Typ, den Mads Mikkelsen in der Hauptrolle auf die Leinwand bringt. Als Mensch ist der zunächst auch eher einer zum Abgewöhnen. Die Figur basiert auf historischen Vorbildern. Der Streifen ist die Verfilmung des Romans „Kaptajnen og Ann Barbara“ („Der Kapitän und Ann Barbara“) von Ida Jessen, die dafür in Archiven entsprechend recherchiert hat.

Der Film ist beeindruckend fotografiert, spannend, aber nicht über die Maßen blutrünstig. Beste Kinounterhaltung.

Die Kritik hat „King’s Land“ als „nordischen Western“ gelabelt, was man durchgehen lassen kann. Noch so ein aus der Mode gekommenes Filmgenre ...

„King’ Land“, Drehbuch (Mit-Autor) und Regie: Nikolaj Arcel; derzeit in den Kinos.

*

Dass mathematische Genies im Oberstübchen völlig anders ticken müssen als wir Normalsterblichen, wird jeder vermuten, dem die nachgerade erotische Faszination verschlossen bleibt, die offenbar von Primzahlen und der sogenannten *starken Goldbachschen Vermutung* ausgeht. Der deutsche Mathematiker Christian Goldbach formulierte diese in einem Brief an seinen Kollegen Leonhard Euler vom 7. Juni 1742. Sie lautet: Jede gerade Zahl, die größer als zwei ist, ist Summe zweier Primzahlen. Mathematisch bewiesen werden konnte das bis zum heutigen Tage nicht.

Um dieses Phänomen herum einen Liebesfilm drehen zu wollen, mag nach einem Versuch der *Quadratur des Kreises* klingen – der Begriff steht bekanntlich als Metapher für unlösbare Probleme. Doch Anna Novion ist es mit ihren Hauptdarstellern Ella Rumpf und Julien Frison gelungen.

„Die Gleichung ihres Lebens“, Drehbuch (Mit-Autorin) und Regie: Anna Novion; derzeit in den Kinos.

Sowjetische Briefmarken

von Holger Politt

Walter Benjamins Buch „Einbahnstraße“ lockt mit einer Briefmarken-Handlung. Wer ist nicht alles ein Sammler – in der Welt von damals! Die Ladentür macht erst Sinn, sobald die sachliche Funktion der Briefmarke erledigt, die Leidenschaft des Sammlers ihr ungetrübt zufällt. Ein zweites Leben, wie es aussortierten Banknoten nicht zukommt. Die feilgebotene Ware braucht eine nötige Gegenwelt in Form der Briefmarkenalben, jener magischen Nachschlagewerke, wie sie ringsum zuhauf anzutreffen sind: „Marken sind die Visitenkarten, die die großen Staaten in der Kinderstube abgeben“, sagt Benjamin.

Glücklich kann sich schätzen, wer solche Sammlungen voller „Visitenkarten der großen Staaten“ heute noch bestaunen darf. Benjamin selbst ist bereits 1928 sicher: Die in der Mitte des 19. Jahrhunderts gepflanzte Saat wird das zwanzigste nicht überleben. Zwar hat der unaufhaltsame Fortschritt im schriftlichen Austausch zwischen den Menschen durchaus noch Lücken gelassen, denn immer noch schwirren Briefmarken im Verkehr zwischen Absender und Adressaten mal hierhin, mal dorthin. Doch wo stieße man jetzt noch auf die so liebevoll gefüllten Alben!

Nach einer Wohnungsauflösung blieb kürzlich ein solches Stück zurück, niemand schenkte ihm größere Beachtung. Die Seiten gefüllt mit Briefmarken der Sowjetunion aus der Zeit zwischen 1948 und 1967. Der rechnerische Wert der Sammlung ist kein großer, es waren meistens Wertzeichen in großer Auflagen für die nüchterne Aufgabe, doch besticht den heutigen Betrachter eine ganz andere Seite. Suchte er ein Nachschlagewerk zur sowjetischen Geschichte jener Jahre – hier hätte er eines. Ein großer Unterschied zur bürgerlichen Welt, in der die Postbehörde bei der Herausgabe einer Briefmarke streng darüber zu wachen hatte, zu den wichtigen Seiten

im Gesellschaftsbetrieb eine gleichlange Distanz zu halten. Eine Abstraktionsebene, die dem magischen Zauber der Briefmarkenwelt oft genug die Grenzen setzt. Für das Kind gab es kein Sammelgebiet, das langweiliger sein konnte als ausgerechnet die Post der USA, weil dort nichts zu sehen war, was gesondert oder überraschend wäre. Und wer könnte heute dort im fernen Amerika anhand der Briefmarken auf die Geschichte des Landes schließen!

Anders die Sowjetunion! Hier wurde geklotzt, nicht gekleckert! Der wissende Blick von heute errät schnell die Absicht von einst. Die Marken sind nicht größer als anderswo, auch sind sie kaum gefälliger in ihrer funktionsbegleitenden Ästhetik – allein die Informationsfülle auf kleinstem Platz sucht ihresgleichen. Nur braucht es zum Entziffern ein manches Mal die beiliegende Lupe.

Regelmäßig erscheinen Lenin-Marken in wechselnder Aufmachung. 1951 zum 25-jährigen Bestehen des Flusskraftwerkes am nordwestrussischen Wolchow, dem ersten großen Wasserkraftwerk der Sowjetunion, Lenins kühne wie später ins Leere laufende Vision ganz oben auf der Marke: „Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung“. 1952 Lenin in einer Serie bekannter Gemälde: das Treffen mit den staunenden Künstlern, die zurückgezogene Arbeit an „Staat und Revolution“ im Sommer 1917 in der Laubhütte bei Petrograd, der Staatslenker zu Besuch in einem Kinderheim. 1966 schließlich stimmt ein stilisierter Leninkopf im Profil auf den 23. Parteitag der KPdSU ein.

1951 werden 15 Jahre Stalin-Verfassung von 1936 gefeiert: Der Sowjetbürger hat das Recht auf Erholung, der Sowjetbürger hat das Recht auf materielle Sicherstellung im Alter, der Sowjetbürger hat das Recht auf Arbeit. Immer wieder Serien zu den Großbaustellen des Kommunismus – die vielen Staudämme jener Jahre, die Kanäle durch die Wüsten Mittelasiens, der 1952 seiner Bestimmung übergebende Wolga-Don-Kanal mit den 13 Schleusen. Noch ist der Glaube an Lenins großer Prophezeiung unerschütterlich, das Ziel Kommunismus bleibt gesteckt wie Schritt um Schritt erreichbar. Entsprechend gefeiert die Erfolge in der Raumfahrt – der erste Mensch im Kosmos ein Sowjetbürger, die beginnende Mond-Erkundung, schließlich Wostok 5 und 6, Walentina Tereschkowa. Nikita Chruschtschow mit langem Zitat auf dem gezahnten Papier: „Unser Volk hat als erstes den Weg in den Sozialismus eingeschlagen. Es dringt als erstes in den Kosmos vor. Es hat eine neue Ära in der Entwicklung der Wissenschaft eröffnet.“

Eine Briefmarkenserie von 1954 elektrisiert den Betrachter: 300 Jahre Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland! Gedacht wird in prächtiger Aufmachung dem Treueid, der auf der Kosaken-Rada von Perejaslaw 1654 dem Moskauer Zaren geleistet wurde. Der Abfall der ukrainischen Kosaken von der polnisch-litauischen Union öffnet einen historischen Bogen, der am Ende den Aufstieg des Zarentums zur europäischen Macht wie den gleichzeitigen Untergang Polens bedeutet. Wegen des Jubiläums entschied Moskau, die Krim 1954 der Ukrainischen Sowjetrepublik anzuschließen. In Deutschland hält sich hier und da bis jetzt das Gerücht, die Krim-Entscheidung sei erfolgt, nachdem Chruschtschows zu tief ins Glas geschaut habe. Die Briefmarken wissen es besser.

Zum Schluss eine ganz besondere Serie, weil hier die Markenserie – künstlerisch bereits in die Moderne weisend – zur kleingedruckten Zeitung wird. Erscheinungsjahr 1962, kühn wie siegesgewiss wird in die nahe Zukunft geblickt: Was werden wir 1980 erreicht haben! Die Fleischproduktion steigt auf das Vierfache, die Milchproduktion auf das Dreifache. Maschinenbau und Metallurgie haben den neun- oder zehnfachen Wert. Die Getreideproduktion verdoppelt sich, unten auf den einzelnen Marken immer die genaue Statistik der Tonnenzahl – 1960, 1970 und 1980. So auch bei der vielbeschworenen Energieproduktion – die steigt auf den zehnfachen Wert. Und versprochen ist: Jede Region im Land hat 1980 einen Fernsehturm!

An fehlenden Fernsehtürmen lag es folglich nicht, wenn der Weg in den Kommunismus trotz Sowjetmacht, Elektrifizierung und Siegesgewissheit in der Sackgasse endet. Die sowjetische Briefmarke sei empfohlen, sie ist ein verlässlicher wie scharfer Rückspiegel in die gewaltige Geschichte des untergegangenen Reiches, das an die Pforte des Kommunismus zu klopfen wählte.

Unterwegs in Usbekistan – lückenhafte Depeschen*

von Alfons Markuske, notiert in Samarkand

Usbekistan ist flächenmäßig in etwa so groß wie Deutschland. Längere Distanzen wie von Chiwa nach Buchara und von dort weiter nach Samarkand legt man sehr komfortabel mit den Schnellzügen von Usbekistan Railways zurück. Die Beinfreiheit in der Economy Class liegt bei gut dem Anderthalbfachen dessen, was die Deutsche Bahn in der ersten Klasse zu bieten hat. Die Züge sind sauber, die Air-Condition funktioniert, ohne, wie so häufig bei der DB, die Waggons in Kühlschränke zu verwandeln. Durchgängig ist freundliches Servicepersonal unterwegs und offeriert Snacks, kalte und warme Getränke, Eis. Die Reisegeschwindigkeit liegt bei bis zu 240 Stundenkilometern.

*

Samarkand zählt zu den am längsten städtisch besiedelten Gebieten weltweit. Zwar fällt die abschließende Bewertung usbekischer, russischer und französischer Archäologen unterschiedlich aus, doch ein Minimum von knapp 2800 Jahren Stadtgeschichte ist unstrittig. Als Alexander der Große 329 vor Christus die damalige sogdische Hauptstadt Marakanda (das heutige Samarkand) eroberte, fand er nach antiken Maßstäben bereits eine Metropole vor. Von ihm ist die Aussage überliefert, die Stadt sei noch schöner gewesen, als sie ihm vorab geschildert worden war. Was ihn nicht hinderte, sie dem Boden gleichzumachen. Das widerfuhr der Stadt 1550 Jahre später erneut. Da hieß der Barbar Dschingis Khan.

Dieses zerstörte Samarkand wurde nie wieder aufgebaut. Es erstreckt sich heute als großes, vom Zahn der Zeit weitgehend renaturiertes Grabungsfeld neben dem Afrasiab Museum im Norden der jetzigen Stadt. Im Museum sind elf archäologische Grabungsschichten dokumentiert. Aktuell gräbt auf dem Areal allerdings niemand – außer einer Kolonie kecker Erdmännchen, die in Habachtstellung nahe der Eingangslöcher ihrer Tunnelsysteme das Treiben der Touristen verfolgen.

Etwa 50 Busminuten von Samarkand in Richtung der über 2200 Meter hohen Ausläufer des Pamirgebirges, die vom benachbarten Tadschikistan herüberreichen, liegt die Stadt Urgut mit einem der größten Basare des Landes. Dort herrschen quirliges Treiben und drangvolle Enge. Am Haupteingang Dutzende junger Männer mit ziegelsteindicken Packen Landeswährung. „Dollar?“, wird man gefragt. Wer etwas kaufen will aus der unüberschaubaren und farbenprächtigen Angebotspalette an Snacks, folkloristischen und modernen Textilien, Schuhen, Obst, Gemüse, Gewürzen, Brot, Frischfleisch (kein Fisch!), Haushaltsartikeln, Kunstgewerbe und hunderterlei weiteren Waren, der wechselt Geld. 50 US-Dollar werden zu 600.000 Som. Da machen die Geldwechsler auch noch ihren vertretbaren Schnitt. Illegal scheint das Ganze nicht zu sein, denn das Wechseln findet ohne jeden Anflug von Klandestinität statt. Für die Som-Summe bekommt man, wenn gewünscht, eine ganze Schubkarre voll an köstlich frischem Fladenbrot. Und dann reicht es auch noch für ein, zwei Fläschchen mit pechschwarzem Sesamöl. Abendlich ein Teelöffel davon eingenommen helfe merklich gegen Durchschlafstörungen, versichert Akmal, unser einheimischer Reiseführer. Wir werden es ausprobieren ...

Von Urgut aus in nochmals 20 Minuten hinauf in die Berge auf etwa 1000 Meter Höhe gelangen wir zum Chor Chinor-Garten. Die Anfahrt ist aufgrund der Straßenverhältnisse für herkömmliche schwere Reisebusse nicht zu bewältigen. Daher Umstieg in sogenannte Kastenbrote – Kleinbusse der Marke Chrysler, die in Usbekistan zu Tausenden als Taxis unterwegs sind und rein äußerlich einem berärderten Kastenbrot nicht unähnlich sind. Damit werden vom Fahrer bis zu sieben Personen befördert. Wir werden nur zu fünf verfrachtet, trotzdem ist die Enge drangvoll. Die Fahrt selbst ist nichts für schwache Nerven. Ständiges sehr sportliches Beschleunigen und Bremsen, Ausweichen und Überholen. Innerstädtisch sind 50 Stundenkilometer was auch immer, aber offenbar kein gebieterisches Limit. Selbst Ampelrot scheint bisweilen eher von symbolischer Bedeutung zu sein. Andererseits fällt auf, dass nirgendwo verbeulte oder gar Unfallfahrzeuge zu sehen sind ...

Das Mikroklima des Chor Chinor-Gartens ist besonders an heißen Tagen höchst angenehm, denn das gesamte Gelände wird von gewaltigen, teils über 1000-jährigen Platanen beschattet. Der größte dieser Riesen misst an seiner Basis 25 Meter im Umfang und weist zu ebener Erde einen so großen Hohlraum auf, dass darin einst eine Grundschulklasse mit 20 Schülern unterrichtet werden konnte. Unglaublich? Durchaus. Aber ein großer Teil unserer nicht eben kleinen Reisegruppe findet mühelos Platz in diesem Baum.

Die Platanen überschatten auch eine glasklare Gebirgsquelle, die einen ebensolchen Weiher speist, bevor das Wasser talwärts fließt. Im Weiher tummeln sich forellenartige Fische. Ein Dutzend kräftiger Gummischläuche ragen in das Wasser und versorgen Wohnhäuser um die Peripherie des Gartens auf unkonventionelle Weise mit trinkbarem Nass.

Zurück in Samarkand stehen als nächstes die 1908 von einem russischen Archäologen ausgegrabenen Überreste des Observatoriums von Ulugh Beg, einem Timuriden-Fürsten, auf dem Programm. Einst ein dreistöckiger Rundbau mit 46 Metern Durchmesser und 30 Metern Höhe, der einen überdimensionierten Sextanten mit einem Radius von immerhin 36 Metern beherbergte. Ein Teil des Instrumentes wurde aus dem Fels, auf dem die Sternwarte errichtet war, geschlagen. Dieser Teil überdauerte die Zeitläufte und beeindruckt heute die Besucher.

Ulugh Beg selbst war ein Enkel des mongolischen Eroberers Timur Lenk (Tamerlan), lebte von 1394 bis 1449 und war Herrscher in Samarkand. Einen bleibenden Namen allerdings, der bis ins ferne Europa ausstrahlte, machte er sich als Astronom. Zwischen 1420 und 1437 wurden unter seiner Ägide Tafeln mit den Positionsangaben von 992 Fixsternen erstellt und zusammen mit anderen Koryphäen in seinem Umkreis berechnete Ulugh Beg das sogenannte siderische oder Sternenjahr auf 365 Tagen, sechs Stunden, zehn Minuten und acht Sekunden, wobei die Fehlerabweichung im Vergleich zum heute gültigen Wert bei lediglich 58 Sekunden lag.

Als Herrscher war der Tamerlan-Enkel weit weniger erfolgreich. Er war mit mehreren gewalttätigen Fronden gegen sich konfrontiert. Schließlich ließ einer der eigenen Söhne ihn absetzen. Man schickte ihn auf eine Pilgerreise. Schlussendlich aber wurde er arretiert und hingerichtet. Das Observatorium wurde zerstört, doch gelangte eine Kopie seiner Sternentafeln außer Landes und über Istanbul nach Westeuropa. – Im Jahre 1830 ehrte der deutsche Astronom Johann Heinrich von Mädler das wissenschaftliche Verdienst des asiatischen Kollegen durch die Benennung eines Mondkraters nach seinem Namen. In der Gegenwart kamen ein Asteroid sowie ein Carcharodontosaurier hinzu.

Wird fortgesetzt.

Bisher erschienen: Taschkent, [Blättchen 12/2024](#); Chiwa, [Blättchen 13/2024](#); Buchara I, [Blättchen 14/2024](#); Buchara II, [Blättchen 15/2024](#).

Wie die Weltbühne 1986 zu einer Bonner Korrespondentin kam

von Peter Richter

Zu den Verdiensten des letzten Chefredakteurs und Herausgebers der *Weltbühne*, Helmut Reinhardt, der im vorigen Blättchen gewürdigt wurde, gehört auch folgende kleine Geschichte: Wir kannten uns von der Sektion Journalistik der Leipziger Karl-Marx-Universität. Später, als ich Redakteur bei der Studentenzeitung *FORUM* war und er für die *Weltbühne* arbeitete; nahm er ab und an einen Artikel von mir in sein Blatt. Das endete 1977, weil ich dann für das Ministerium für Staatssicherheit tätig wurde, als Auswerter ihrer Spionage-Hauptabteilung Aufklärung (HVA).

Mitte der 1980er Jahre nahm ich jedoch wieder den Kontakt zu Helmut Reinhardt auf, und zwar aus folgendem Grund: Die ziemlich eigene Art von „Journalismus“, die ich bei der HVA

betrieb, hatte den Vorteil, dass ich nicht nur über all jene Informationen verfügte, die auch Journalisten hatten, sondern über weitaus mehr. Das Aufkommen von hunderten „Quellen“ in aller Welt, ihre tausenden Berichte, die sie alljährlich an die Zentrale in der Berliner Normannenstraße absetzten, waren ein gewaltiger Recherche-Pool, den der Schreiber nur noch anzuzapfen brauchte, um daraus durchaus sensationelle News und Hintergrundmaterialien zu machen. Hinzu kam, dass wir keine Weisungen von oben zu beachten hatten, sondern allein die Fakten zu notieren und zu interpretieren. Bis fast zum Schluss, in den Sommer 1989 hinein, schrieben wir, was uns die Informanten aus dem Operationsgebiet berichteten und nahmen dabei kein Blatt vor den Mund.

Zugleich konnte ich an den in der DDR vertriebenen journalistischen Produkten sehen, wie wenig sie vom tatsächlichen Geschehen vermittelten, geschweige denn, es unabhängig interpretierten. Es war außerordentlich schmerzlich, auf die volle Ausschöpfung des mir zugänglichen Materials verzichten zu müssen.

Da Helmut Reinhardt inzwischen stellvertretender Chefredakteur der wegen ihrer Missachtung der Parteisprache und sogar mancher Parteierwartungen in der DDR ziemlich angesehenen *Weltbühne* war, versuchte ich, ihm einen eigenen Bonner „Korrespondenten“ schmackhaft zu machen. Dies gelang, da mein Gesprächspartner ein echter Journalist war und die Aussicht auf eine eigenständige bundesdeutsche Ansicht in seinem Blatt ihn durchaus reizte. Er wusste wohl, dass ich irgendwo arbeitete, wo allerhand Informationen zusammenliefen, kannte aber nicht die ganze Wahrheit; davor wäre er möglicherweise zurückgeschreckt. Ich aber konnte ihn nicht völlig einweihen, schon des Selbstschutzes wegen, denn was ich da tat, lag außerhalb aller konspirativen Regeln.

Jedenfalls erschien im Frühjahr 1986 ein erster Beitrag aus der Feder von Ulrike Forster (Bonn), dem in unregelmäßigen Abständen weitere folgten. Ich achtete streng darauf, nur offizielles Material zu verarbeiten, um nicht ins Blickfeld diverser Abwehr-Dienstseinheiten des MfS zu geraten, und das schien zu gelingen. Obwohl die Korrespondenzen der gut informierten Dame aus Bonn auch in der HVA verfolgt und mitunter sogar in den nicht mit politischer Aufklärung befassten Abteilungen für die sogenannten Polit-Informationen genutzt wurden, blieb mein Geheimnis bis zuletzt gewahrt.

Und doch war auch dies keine Freude. Von den von mir verfassten „Korrespondenzen“ ist wohl jede dritte nicht erschienen. Immer wieder beteuerte Helmut Reinhardt, dass es nicht an ihm liege, aber sein Chef und das „große Haus“ ließen es doch nicht zu, über die Bonner Dinge so oft und so unbefangen zu schreiben. Auch sei schon mitunter angefragt worden, wer denn diese Ulrike Forster wäre und ob sie als zuverlässig einzuschätzen sei.

1987, als Honecker in Bonn den roten Teppich betrat, wurde es noch schlimmer. Das ZK der SED mochte gar nichts in seinem Machtbereich über die BRD gedruckt sehen, was nicht völlig der eigenen Kontrolle unterlag. Auch die *Weltbühne* solle sich gefälligst an das halten, was in den wöchentlichen Argumentationen verkündet werde. So nahmen denn die Wünsche an die Bonner Korrespondentin zu, die der DDR genehmen Themen aufzugreifen, eine bestimmte Sprachregelung einzuhalten und nicht in erster Linie darüber zu berichten, was in Bonn an Interessantem geschah, sondern was die DDR-Führung für wichtig hielt. Differenzierte bundesdeutsche Sichten auf die damals umfangreich diskutierte Mittelstreckenraketen-Problematik waren ebenso wenig für die Öffentlichkeit bestimmt wie die ungeschminkte Darstellung innerparteilicher Querelen in den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP. Über Tiefflüge in der Bundesrepublik durfte nicht berichtet werden, weil ja über der DDR ähnliche Manöver stattfanden. Und Genscher war zwar nicht gerade zu tadeln, aber auch nicht über den grünen Klee zu loben – und wenn U. F. schon über ihn schrieb, dann musste zumindest ähnlich anerkennend auch DDR-Außenminister Oskar Fischer genannt werden. Das aber mochte ich meiner Bonner Korrespondentin nicht antun. Zwar schrieb ich einige wenige dieser „Auftragswerke“, aber unter einem anderen Pseudonym.

Auch im MfS erwies sich die vermeintliche Idylle ungesteuerten Wirkens im Sicherheitsapparat mehr und mehr als fromme Illusion. Sie zerplatzte vollends im Sommer und Frühjahr 1989, als nun auch die Geheimdienst-Informationen der Zensur unterlagen. Die Analysen des Wendjahres, aus denen ungeschminkt die sich verschärfende Situation in der DDR hervorging, erreichten in dieser Form nicht mehr die Empfänger. Ihre Aussagen wurden expressis verbis immer wieder als solche „verleumderischer imperialistischer Kräfte“ charakterisiert und damit

faktisch entwertet. Denn Verleumdungen, so lautete der erwünschte Schluss, haben nichts mit der Wahrheit zu tun; mithin gehe aus der Darstellung nur die Verlogenheit des „ideologischen Feindes“ hervor, dem aber bedauerlicherweise viele DDR-Bürger ihr Ohr liehen.

Ulrike Forsters Zeit näherte sich mit dem Mauerfall ihrem Ende; da sie nun bald kein Alleinstellungsmerkmal der Weltbühne mehr war. Ihre letzte „Korrespondenz“ erschien am 19. Dezember 1989, dem Tag des Treffens Helmut Kohls mit Hans Modrow in Dresden; sie berichtete von den Bonner Vorbereitungen auf das Ereignis. Danach beendete sie ihre Tätigkeit wie auch ich die meine beim MfS.

In schweren journalistischen Zeiten gereicht dieser Vorgang der *Weltbühne* zur Ehre, denn, wie Reinhardt schrieb, „die Akteure hatten manchmal ein bisschen mehr Spielraum, und man ließ sie gewähren.“ Das war damals schon allherd!

Der Fälscher

von Dieter Naumann

Raffinierter Fälscher des 18. Jahrhunderts“, „literarischer Betrüger“, „berüchtigter Urkundenfabrikant“, „sehr gewandter Fälscher“, „berüchtigter diplomatischer Betrüger“, „bekannter Diplomenschmied“ – diese und ähnliche Bezeichnungen betrafen eine Person: Gottlob Samuel Pristaff alias Adam Gerschow.

Der Sohn des Cottbuser Pastors Christian Pristaff und der Pfarrerstochter Margaretha Krüger schlug zunächst eine kirchliche Laufbahn ein. In Grapzow bei Treptow an der Tollense und später, 1724, in Langenhagen bei Treptow an der Rega arbeitete er als Prediger. Wegen „liederlichen“ Lebenswandels musste er sein Amt dort 1726 niederlegen. Der „liederliche“ Lebenswandel bestand darin, dass er als Adjunkt des Pastors Johann Friedrich Meyer dessen junge Frau verführte und mit ihr nach Danzig entwich. Auf Antrag der preußischen Regierung wurde er von dort ausgeliefert und wegen seiner ungewöhnlichen Größe („6 Fuß weniger 1 Zoll“, das sind etwa 1,90 Meter) 1727 als „langer Kerl“ in das Regiment von Adrian Bernhard (?) von Borcke in Stargard eingezogen. Nach einigen Jahren entließ man ihn als „unbrauchbar wegen schwacher Gesundheit“.

Ab 1732 lebte Pristaff abwechselnd in Stettin und Greifswald, von wo er ausgedehnte Reisen durch Pommern und auf Rügen unternahm, bei denen er sich umfangreiche Kenntnis der örtlichen Archive, Bibliotheken und Denkmäler erwarb. Dieses Wissen nutzte er, um gefälschte Chroniken und Urkunden anzufertigen, denen er Landkarten und Abbildungen beifügte, „theils als Abschriften eigener Hand, theils unter fremden Namen, u. A. Adam Gerschow“ („Allgemeine Deutsche Biographie. Sechszwanzigster Band“, Duncker & Humblot, Leipzig 1888). Auch Münzen, Siegel und andere Gegenstände wurden von ihm gefälscht. Diese Fälschungen veräußerte er an Bibliotheken und Privatpersonen. Es gelang ihm mit seinen Fälschungen nicht nur honorifique Persönlichkeiten des damaligen öffentlichen und kirchlichen Lebens, sondern auch anerkannte Wissenschaftler zu täuschen, die sich auf seine „Forschungen“ bezogen (unter anderem Schwarz: „Versuch einer Pommersch-Rügianischen Lehn-Historie“, 1740). Das galt weniger für die von ihm gefertigten Zeichnungen, die Pyl in „Allgemeine Deutsche Biographie“ als „formlos und ohne Kenntnis der Denkmäler entworfen“ bezeichnete, sondern vor allem für seine Urkunden und Chroniken. Beispiele sind die „Historische und geographische Beschreibung aller zerstörten Städte, Schlösser, Flecken und Dörfer [...] des gantzen Pommerlandes aus den alten glaubwürdigen Urkunden, Chronicken und Schriften [...]“ (Danzig 1670), und die „Nachrichten von den meisten Pfarren des platten Landes in Schwedisch-Pommern und auf der Insel Rügen“ (um 1735). Diesen läge eine „große Belesenheit“ zugrunde, welche dazu verleiten könnte, „die eingewebten Irrthümer und Erfindungen für Wahrheiten anzunehmen“.

Selbst in den Werken von Gelehrten des 19. Jahrhunderts, wie Barthold („Pommersche Geschichte“, Band 3, 1842), Klempin („Pommersches Urkundenbuch“, 1868) und Fock

(„Rügensch-pommersche Geschichte“, Band 3, 1865) wurden „Forschungen“ von Pristaff eingearbeitet. Nicht umsonst warnte der Greifswalder Historiker Theodor Pyl in seinem Beitrag über Pristaff in „Allgemeine Deutsche Biographie“ vor der „raffinierten Berechnung“ der gefälschten Urkunden. Zugleich äußerte sich Pyl verwundert, wie Pristaff im kurzen Zeitraum von 1732 bis 1736 (er starb „nach einer 5tägigen hitzigen Krankheit“ am 10. Januar in Anklam) eine derartige Vielzahl gefälschter Urkunden sammeln beziehungsweise anfertigen konnte.

Auf Rügen, wo er wie in Pommern im Auftrag Greifswalder Professoren zwischen 1731 und 1736 längere Reisen unternahm, um Dokumente zur heimischen Geschichte zu sammeln und abzuschreiben, schien er nach Ansicht von Professor Alfred Haas wohl besonders intensiv tätig gewesen zu sein. Haas verweist auf zwei Münzen mit der Aufschrift „Arkon“, die Pristaff entdeckt haben will, und einen Runenstein, den er, wie die Münzen, am Strand von Drevoldke gefunden hätte. Die Münzen (eine aus Kupfer, die andere aus „schlechtem Silber“) und die Abbildung des Runensteins hatte er dem Greifswalder Professor Schwarz zum Kauf angeboten. Sowohl die Münz-„Fund“ als auch der Runenstein (als Vorbild diente ein Stein im schwedischen Tullstorp) erwiesen sich später als Falsifikate. Professor Schwarz soll übrigens zu den eifrigsten Kunden von Pristaff gehört haben, nutzte einige seiner Falsifikate als vermeintlich echte historische Zeugnisse, gab aber einen Teil dieser Fehler später selbst zu.

Wie war es Pristaff möglich, nicht nur Privatleute, sondern auch Pastoren, Bürgermeister, Wissenschaftler und andere Persönlichkeiten derartig zu täuschen?

Der Mitbegründer der „Gesellschaft für pommersche Geschichte und Altertumskunde“ Ludwig Giesebrecht schrieb in „Baltische Studien“ 1850, dass zurzeit, als Pristaff aus der Armee entlassen wurde, eine Neigung zum Sammeln herrschte. Urkunden, Siegel, Münzen, bewegliche Altertümer verschiedener Art, Zeichnungen unbeweglicher Denkmale, Landkarten et cetera wurden „eifrigst“ zusammengebracht. Liebhaber derartiger Gegenstände waren auch bereit, dafür gut zu zahlen. Pristaff nutzte dies dazu aus, als vermeintlicher Kenner von Altertümern seine Dienste zu deren Aufspürung und Erwerbung anzubieten. Mit gedruckten Empfehlungsschreiben honorierter Gelehrter der damaligen Zeit ausgestattet, fand er leichten Zugang zu Bibliotheken, Archiven und bei Privatpersonen. Eines dieser Empfehlungsschreiben, ausgestellt „Greiffswald den 28. Martii 1735“ vom damaligen Generalsuperintendenten Timotheus Lüttkemann, stellte Alfred Haas in *Monatsblätter* der „Gesellschaft für Pommersche Geschichte und Alterthumskunde“ (Stettin 1890) vor. Gerichtet war das Schreiben an „Hochwohl-Ehrwürdige Herren Praepositi, Wohl-Ehrwürdige Herren Pastores, Meine in Christo Hertzlich-geliebte und werth-geschätzte Herren Mitbrüder“. Aus dem Schreiben geht hervor, dass Pristorff sich zu einer Reise bereit erklärt habe, bei der er alle Nachrichten von Pommern sammeln und die noch vorhandenen Altertümer aufsuchen wolle. Er habe Lüttkemann um Unterstützung gebeten, der seinerseits der Meinung war, dass durch diese Bemühungen nicht nur der gelehrten Welt, sondern auch den Bewohnern des Landes „möchte gedienet werden“. Er bat deshalb, Pristaff als „einen mit schönen Wissenschaften ohnedem geschmückten und begabten Manne“ mit Güte aufzunehmen und ihm in Kirchen oder wo sonst noch Urkunden und Altertümer vorhanden seien, „geneigt zu communiciren“.

Bereits am 3. Januar 1735 hatte Pristaff eine Bekanntmachung in Greifswald drucken lassen, in der er auf „guten Ingreß und Approbation“ (Zugang und Bestätigung), den seine Bemühungen um Herbeischaffung verschiedener Dokumente zur Geschichte Pommerns bei der königlichen Akademie zu Greifswald und „anderwärts“ gefunden habe, hinwies. Er sei nunmehr bereit, ganz Pommern zu bereisen und alle Antiquitäten genauesten zu untersuchen, zu protokollieren und zu zeichnen. Für diese Unternehmung bat er „alle Hohe und Niedere im Lande“ ihn zu unterstützen. „Wofern jemand etwas an Documentis und dergleichen benöthiget wäre, solches an mich nach Greifswald zu melden, so soll demselben möglichster massen gegen billige Contentirung gewillfahret werden“ (Johann Carl Conrad Oelrichs: „Ausführliche und zuverlässige Nachricht von zween Pommerschen historischen, diplomatischen und geographischen Betrügnern [...]“, in: „Historisch-Diplomatische Beyträge zur litterarischen Geschichte [...]“, Berlin 1790).

Ein Ergebnis seiner zahlreichen Kontakte mit den seinerzeit amtierenden Pastoren ist ein Gedicht auf die rügenschen Geistlichen, das Alfred Haas in der Sonntagsbeilage der *Stralsundischen Zeitung* vom 11. November 1900 auf (vermutlich) 1733 datiert. Das handschriftliche Original soll sich in einem Manuskript der „Gesellschaft für Pommersche Geschichte und Alterthumskunde“ befunden haben. Haas nimmt an, dass Pristaff bei seinen Reisen von der

Mehrzahl der Pastoren „bereitwilligst“ aufgenommen wurde und ihnen deshalb gebührende Anerkennung in seinem Gedicht schenkte. Bei denjenigen, die ihn abgewiesen hatten, habe er sich wohl dadurch gerächt, dass er sie nicht namentlich nannte und/oder ihnen „Geiz und Filzigkeit“ vorwarf. So heißt es bei Zudar: „Wenn man nach Zudar kommt und will all dort logiren,/So sieht der Prediger vor Geiz zum Fenster aus,/Läßt keinen Fremden nicht in sein Haus einfliehen,/Es sagt seine Frau: Mein Herr ist nicht zu Haus!“ Landow bleibt ebenfalls nicht ungeschoren: „Wenn man nach Landow komt, ist das nicht zu beklagen,/Da stellt der schnöde Geiz sich auch beym Priester ein:/Um einen Bissen Brod stellt sich krank Herr Sternhagen:/Ein solcher karger Filz muß ja beschäme seyn.“

Das Gewitter

von Renate Hoffmann

Donner, Blitz und Hagelschlag
und was sonst noch kommen mag
von oben.

Sturm, der Dächer abgehoben,
Bäum stürzen, Bäche toben.
Und wo einstens Häuser standen,
ist nur Wasser noch vorhanden.

Regen fällt ohn Unterlass
als käm er aus dem Wolkenfass,
das man dort oben umgestoßen,
noch ist es längst nicht leergeflossen.

Endlich fand sich wohl ein Stöpsel,
denn es kam nur noch Getröpfel.
Und das Grolln zog sich zurücke,
zum Glücke.
Die Blitze zuckten nur noch schwach.
Der Sturm ließ auch allmählich nach. –
An den Blättern, an den Zweigen
tanzen Tropfen einen Reigen
wie zu einem großen Feste.
Doch dann kam das Allerbeste:
Ein prächtig bunter Regenbogen
ward übers weite Land gezogen.

Dazu aus einem fernen Tale
erklingt Herr Ludwigs „Pastorale“.
Und diese Töne sorgen
für Ruhe bis zum Morgen.

Antworten

Rolf Henrich, Rechtsanwalt und Autor – Ihr im April 1989 erschienenes Buch „Der vormund-schaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus“ brachte Sie in Konflikt mit dem SED-Regime. Sie wurden aus dem Anwaltskollegium und der SED ausgeschlossen, erhiel-ten Berufsverbot.

In einem aktuellen Interview mit der Frage konfrontiert, ob nicht Veranlassung bestände, dem Titel „Der vormund-schaftliche Staat“ einen aktuellen Nachfolger beizugesellen, antworteten Sie: „Ein Buch über den vormund-schaftlichen Staat schreibt man nur einmal. Aber Ihre Frage ist inso-fern berechtigt, als einem das Verhalten der politischen Klasse immer mehr auf die Nerven geht. In seinem jüngsten Sommerinterview mit dem ZDF hat Friedrich Merz gesagt: ‚Es ist eine Frage, ob wir den Osten nach 35 Jahren Mauerfall gut genug integriert bekommen.‘ Da frage ich mich als gebürtiger Deutscher, ob ich hier integriert werden soll, wie jemand, der aus Uganda kommt? Solche Äußerungen müssen doch bei jedem, der hier geboren ist, eine Aversion auslösen!“
Nur eine solche?

Oder nicht auch massenweise Kreuze für die AfD auf Wahlzetteln?

Emanuel Todd, prominenter französischer Historiker und Anthropologe – Sie haben Auf-sehen erregt, als Sie vor ein paar Monaten sagten, dass Kiew den Ukraine-Krieg bereits verloren habe. Eine deutsche Tageszeitung meinte, deswegen können man „Ihnen eine Nähe zu Putin vorwerfen“. Das wiesen Sie zurück: „Wenn ich sage, die Ukraine hat den Krieg schon verloren, dann spreche ich nur aus, was das Pentagon oder der französische Generalstab denken.“ Auch zur Perspektive dieses Krieges vertreten Sie eine Auffassung, die mindestens quer zum westli-chen Mainstream in Politik und Medien liegt: „Jeder im Westen weiß, dass Russland weder den Willen noch die Mittel hat, in Europa einzumarschieren. Das Letzte, was die Russen wollen, ist, wieder Polen verwalten zu müssen. Die Europäer könnten also einen Frieden in der Ukraine akzeptieren, das wäre in ihrem Interesse. Aber für die Amerikaner wäre das katastrophal. Wür-den die Russen ihre Ziele in der Ukraine erreichen, wäre Amerika in den Augen der Welt von einer ebenbürtigen Macht besiegt worden.“

Das könnte man, weiß Gott, eine ausweglose Sackgasse nennen, denn Russland verweigert sich ja ebenfalls einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Da ist es bis zum ganz großen Knall wohl nur noch eine Frage der Zeit ...

Angela Merkel, Altbundeskanzlerin – Das Attribut ist nicht despektierlich gemeint. Sie feier-ten ja gerade ihren 70. Geburtstag. Schnörkellos und verstandesmäßig gingen Sie im Alter von 67 Jahren in den Ruhestand, im aktuellen Rentenalter sozusagen. *Allein dies* zeichnet Sie gegen-über so manchen senilen Herren aus. Der zu Ihrem Geburtstag noch aktuelle Zweikampf um die Präsidentschaft überm großen Teich sprach Bände, ein Hahnenkampf zwischen einem 81-Jähri-gen, der glaubte, die Welt zu regieren, und einem 78-jährigen Herausforderer, der glaubt, es bald von Gottes Gnaden zu können. Manch einer apostrophierte Sie als mächtigste Frau der Welt. Sie sind klug genug, auf solchen Unsinn freiwillig zu verzichten. Genießen Sie Ihren Ruhestand. Sie schaffen das!

James David Vance, Nominierter zum Running Mate von Donald Trump – Sie werden ge-rade vierzig Jahre alt, sind also an der Seite Ihres Herrn ein regelrechter Jungspund und ganz anders, wenn nicht gar gegenteilig, als dieser sozialisiert. Sie galten als Stimme des Rust Belt. Dann konvertierten Sie vom protestantischen Glauben zum katholischen, und sie konvertierten vom Trump-Kritiker („Opioide der Massen“) zu dessen Adepten („großartiger Präsident“). Jetzt wollen Sie bald als Vizepräsident zeigen, was Sie können. Konvertiten zeichnen sich oft dadurch aus, dass sie „im Glauben fester“ und unbarmherziger sind als alle anderen. Würden Sie deshalb erwählt?

Elon Reeve Musk, Autodidakt, Manager und Multimilliardär – Ihre ingenieurtechnischen Visionen und Umsetzungen nötigen uns allen Respekt ab. Ihre Wutausbrüche, Aggressionen und Launen lassen uns zweifeln. Ihre gewerkschaftsfeindlichen und antilinken politischen Bestrebungen missbilligen wir. Jetzt hört man sogar, sie wollten ab Juli dieses Jahres 45 Millionen Dollar für den Wahlkampf von Donald Trump spenden. Nein, nochmal hingeschaut, nicht einmalig, sondern monatlich bis zur Wahl. Griff in die Portokasse?

Matthias Schülke, Blätchenleser – Sie schreiben uns, „in zwei Beiträgen wurde im Blätchen wegen des diesjährigen [Caspar-David-, d. Red.] Friedrich-Jubiläums die Dresdener Ausstellung von 1974 erwähnt. Noch heute ist das für mich eine beglückendes Erlebnis gewesen. Zeitgleich fand damals im Dresdner Albertinum eine Ausstellung mit Bildern von Wolfgang Mattheuer statt. Das fand ich eine glückliche Symbiose, denn beiden Malern ging es nicht nur um die ‚schönen‘ Bilder.“

Manche Erinnerungen verblassen auch nach 50 Jahren nicht, da sind wir bei Ihnen. Wir wünschen uns, Sie vermutlich auch, wieder eine Mattheuer-Ausstellung zu besuchen, vielleicht im Leipziger Museum der Bildenden Künste zum einhundertsten Geburtstag des Künstlers im Jahr 2027? Das nur als Anregung an Mattheuers Leipzig.

Faustino Oro, schachspielendes Wunderkind – Internationale Schachmeister sind auch nicht mehr das, was sie mal waren – erwachsene Männer. Sie erfüllten jetzt mit zehn Jahren, acht Monaten und sechzehn Tagen als jüngster Mensch die Norm als internationaler FIDE-Meister. Der internationale Schachverband wurde gerade 100 Jahre alt. Sie spielen erst seit vier Jahren, online beginnend, das königliche Spiel. In Buenos Aires aufgewachsen, wurden Sie (oder doch Du?) als „Messi des Schachs“ bezeichnet, wie das Journalisten mitunter einfallslos tun. Nur der eine Stern geht gerade unter und der andere auf. Sie haben ein außergewöhnliches, riesiges Talent für das komplexe Brettspiel und bereits im vergangenen März Schach-Superstar Magnus Carlsen in einer sogenannten Bullet-Partie, einem Spiel mit äußerst wenig Bedenkzeit, geschlagen. Wir ziehen ehrfurchtsvoll als alte und blutige Amateure den Hut.

Jens Weissflog, legendärer Floh vom Fichtelberg – Sie haben weltweit alle wichtigen Wettbewerbe im Skisprung gewonnen, vier Mal die Vierschanzentournee und als einziger Sportler das olympische Gold sowohl im Parallel-Stil als auch im V-Stil noch dazu für zwei Staaten. Geblieben sind Sie ein Wetsportler ohne Starallüren. Als Senior trifft man Sie noch immer auf Skiern unterwegs, allerdings nun mit Langlaufski. So begegneten wir Ihnen zufällig vor wenigen Jahren auf Ihrer „Hausstrecke“ zwischen Oberwiesenthal und Boží Dar (Gottesgrab). Dort führt ein grenzüberschreitender Rundweg, genannt Jens-Weissflog-Tour, über den Kamm des Erzgebirges. Einem netten Schwätzchen mit Tips unter „Freizeitsportlern“ waren Sie nicht abgeneigt. Wir gratulieren und ziehen erneut den Hut, dieses Mal zum 60. Geburtstag.

Bemerkungen

Ein Präsident tritt zurück

Der Rücktritt war verkündet. Der Amtsinhaber hatte in einer sehr emotionalen Ansprache schließlich doch noch die Kontrolle über sich behalten; Tränen flossen nur abseits der Fotolinsen. Ein Amtsakt fehlte noch. Das Rücktrittsschreiben an den ranghöchsten Minister liest sich in der Übersetzung so: „... hiermit trete ich vom Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten zurück.“ Der Unterzeichner verließ seine Residenz, bevor der Rücktritt rechtskräftig wurde, und kehrte in seine Heimat zurück.

Dies geschah am 9. August 1974, und der Präsident hieß Richard Nixon. Wenige Tage zuvor hatte der Rechtsausschuss des Repräsentantenhauses ihm Behinderung der Justiz und Machtmissbrauch vorgeworfen; es ging dabei um rechtswidrige Aktivitäten im Wahlkampf 1972. Für eine Anklage durch das Plenum des Hauses zeichnete sich eine überwältigende Mehrheit ab; ein Schuldspruch durch den Senat, der zur Amtsenthebung geführt hätte, schien ebenfalls sicher. Nixon hatte für seinen Entschluss also gute Gründe. Strafrechtliche Konsequenzen blieben ihm erspart: sein Nachfolger Gerald Ford begnadigte ihn alsbald für alle Vergehen gegen die Vereinigten Staaten, die er während seiner Amtszeit begangen haben mochte.

Bernhard Mankwald

Spannende Frage

Dieser Tage, am Rande des NATO-Gipfels in Washington, wurde bekannt, dass ab 2026 amerikanische Langstreckenwaffen in Deutschland stationiert werden. Die Rede ist von Tomahawk-Marschflugkörpern, SM-6-Mehrzweckraketen sowie Hyperschallwaffen. Die Reichweite der Tomahawks und der Hyperschallwaffen wird ausreichend sein, um damit Ziele direkt in der russischen Hauptstadt ins Visier zu nehmen. Die letzteren Systeme werden die Vorwarnzeit wieder auf einen einstelligen Minutenwert reduzieren.

Im ersten Kalten Krieg waren, um derartige Waffen (damals unter anderem Pershing II-Raketen, Vorwarnzeit unter zehn Minuten) in die Bundesrepublik zu bringen, noch ein NATO-(Doppel-)Beschluss und eine formale Bundestagsentscheidung, mit der Stationierung ab 1983 zu beginnen, erforderlich. Das aktuelle Verfahren war demgegenüber ein unglaublich verkürztes: Die US-Regierung hat beschlossen, der Bundeskanzler hat abgenickt und das deutsche Parlament blieb völlig außen vor.

Ob der Unterschied möglicherweise daraus resultiert, dass seinerzeit Millionen Westdeutsche als machtvolle Friedensbewegung gegen das Vorhaben auf die Straße gingen, während dergleichen heute völlig unvorstellbar erscheint?

Sarcasticus

Nordberliner Piraten

Das einzige Nordberliner Theater, das hauptsächlich für Erwachsene spielt, heißt nicht umsonst Prime Time – auch wenn die Anfangszeiten mittlerweile wechseln. Vor allem beziehen sich die parodistischen Stücke immer wieder auf Fernsehprogramme, etwa in der langlebigen Sitcom-Reihe „Gutes Wedding, schlechtes Wedding“ seit 2004. Daneben entwickelt das Privattheater immer wieder mal Einzelstücke, in denen allerdings auch eingeführte „Wedding“-Figuren auftauchen. So ist es auch mit dem Spektakel „Pirates of the Plötze“ um einen Möchtegern-Jack Sparrow, der in den meisten Fächern an der Freibeuter-Highschool Fünfen erntete, sogar in Produktpiraterie. Dafür unterbrechen immer mal wieder Werbespots die Handlung, etwa für Piratcetamol forte oder Käpt'n Ugli. Der tritt in einer Parallelhandlung höchstselbst auf, um sich der Londoner Kronjuwelen zu bemächtigen. Doch Königin Victoria setzt einen Agenten mit dem Tarnnamen Bob Shakespeare auf den Fall an, der nach Spandau geht, wo sich alle Fäden verbinden. Denn dort sind noch die Pfarrerstochter Ronja und ihr Cousin Michi aus dem uckermärkischen Haßleben, die einem Baron aufsitzen.

Wer das wirklich nachverfolgen kann, ist reif fürs Prime Time Theater. Im Programmheft ist niemand für die Dramaturgie angegeben, aber ein penibler Dramaturg hätte die Handlung auch nur mit Plötzensee-Wasser verdünnt. So bleibt es ein unbändiger Spaß mit vielen Anspielungen auf Film und Fernsehen und den Zeitgeist. Lustig, wenn eine Figur angibt, unsichtbar zu sein und auf den Einwand, man könne sie doch sehen, erwidert: Ich wurde sichtbar geboren, aber ich definiere mich unsichtbar!

Geschrieben haben das unübersichtliche, aber gaggespickte Stück die Schauspielerinnen Noémi Dabrowski, die u.a. die Ronja spielt, und Schauspieler Ryan Wichert, der auch Regie führte. Oft steht er als Bob auf der Bühne, aber teilt sich die Rolle mit dem früheren Publikumsliebbling des Hauses. Daniel Zimmermann, der wie seine wandlungsfähigen Partner Josefine Heidt, Kilian Lötcker und Armin Sengenberger in vielen verschiedenen Rollen verblüfft, hat seit 2017 an Spielfreude, Pointensicherheit, Musikalität und Beweglichkeit noch hinzugewonnen und

erinnert an den jungen Curt Bois, wie wir ihn aus alten Filmen kennen. Dafür muss das Publikum auf eine gewohnte Stimmungskanone verzichten. Hausherr Oliver Taurat, als Postbote Kalle und in vielen anderen Rollen beliebt, macht eine verdiente Pause. Und trotzdem ist er dabei, denn die Inszenierungen im Prime Time bestechen u.a. durch Filmeinblendungen, in denen auch Taurat mit viel Selbstironie auftritt. So fügt sich die Inszenierung doch noch zu einem vielbelachten runden Ganzen.

F.-B. Habel

Pirates oft the Plötze, Regie Ryan Wichert, 14. August bis 8. September mittwochs bis sonntags im Prime Time Theater, Berlin-Wedding, Burgsdorf- / Müllerstraße.

Sylter Lifestyle

Wir beleidigen überreiche Menschen zu wenig. Das ist mein Gefühl, nachdem ich das Buch „Die Reichen und Hässlichen“ von Marco Höne gelesen habe und ich will, das mehr so fühlen.

In dem Roman geht es um Kai Brommel, Sohn einer Familie von Stahlindustriellen. Er lebt ein dekadentes Bussi-Bussi Leben auf Sylt und weiß im Grunde nichts mit sich anzufangen. Als der Vater gesundheitlich absackt, steht aber die Frage im Raum, wie das Erbe eines Firmenimperiums übergeben wird – und an wen? Kai hat mehrere Geschwister. Die Frage der Nachfolge scheint dem Jungmillionär nochmal Hoffnung auf einen Lebenssinn zu geben, aber weil er halt kein besonders talentierter Mensch ist, wird das nicht allzu leicht.

Und da sind wir auch bei dem Punkt, der mich so anfasst. Das Buch übertreibt, spritzt zu, ist am Ende Fiktion, aber: Es zelebriert das Fatale. Überreiche sind keine Übermenschen! Die ökonomische Macht in diesem Staat ist vielfach in der Hand von Menschen, die genauso dumm, verloren und hedonistisch sind wie alle anderen auch. Ihr moralischer Kompass ist dank sozialer Schwäche vermutlich sogar unterdurchschnittlich, wie Interviews immer wieder beweisen. Wo Politiker zumindest noch demokratische Verfahren überstehen müssen, können Firmen mit tausenden Beschäftigten an Trottel vererbt werden. Das ist doch irgendwie irre, auch wenn es alle im Kapitalismus so akzeptieren.

Irre endet das Buch auch, weil Kai sein Unvermögen dank seines Vermögens nicht zu erkennen vermag und völlig in Überheblichkeit eskaliert.

Der Autor, Marco Höne, ist laut Google kein unbekannter. Er war in Schleswig-Holstein für *Die Linke* tätig und organisierte Demonstrationen für Vermögenssteuern auf Sylt direkt bei der „High-Society“. Spürbar ist, dass er hier wohl noch eine Rechnung offen hatte. Aber mich hat er abgeholt. Ich finde, es braucht mehr solcher gegen die Superreichen ätzender Bücher. Nicht nur Sachbücher auch Literatur muss den Zeitgeist verändern, damit die Konfliktlinie zwischen oben und unten anstatt zwischen innen und außen verläuft.

Wir beleidigen Reiche zu wenig. Wir diskutieren ihren Lifestyle und seine gesellschaftlichen Kosten zu wenig.

Wir reden zu wenig darüber, dass wir uns konzentrierten Reichtum gar nicht leisten sollten.

Yvonne Hofmann

Marco Höne: Die Reichen und Hässlichen. Roman, Ominno Verlag, Berlin 2024, 364 Seiten, 18,00 Euro.

Yvonne Hofmann arbeitet als Gewerkschaftssekretärin und lebt in Berlin.

In der Sowjetunion studiert – Zeitzeugen gesucht

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung setzt ein Projekt fort, in dem in einer vergleichenden Analyse der beruflichen und persönlichen Lebenswege untersucht wird, was Studenten der DDR in der Sowjetunion später als Absolventen unter Transformationsbedingungen erlebten. Galt das Studium als Anachronismus oder als Ressource für den Lebensweg? Welche Rückschlüsse auf die Fähigkeiten zu interkultureller Kommunikation lassen sich ziehen.

Gewissermaßen aktuell im Schatten des Ukrainekriegs folgt die Studie der 2020 abgeschlossenen Studie zum Lernen in der Sowjetunion.

Für einen Weg aus dem Krieg und eine Zeit nach dem Krieg sehen die Studienverfasserinnen jetzt unter Umständen die Erfahrungen und Langzeit-Wirkungen einer Sozialisation in zwei Kulturen und unter Transformationsbedingungen als wertvolle Ressource, die es zu identifizieren, zu heben und einzubringen gelten könnte. Deshalb starten sie die Fortsetzung.

Für die Forschung werden Zeitzeugen ausdrücklich gesucht. Eine Kontaktaufnahme ist per E-Mail gewünscht.

Viola Schubert-Lehnardt

Die Sache mit dem Koffer

Es ist schon sehr lange her, dass ich gemeinsam mit meinem Mann Gerhard Schewe die fast 50 Antikriegs-Artikel übersetzte, die Romain Rolland zwischen 1914 und 1919 geschrieben und in den Bänden „Au-dessus de la Mêlée“ und „Les Précurseurs“ zusammengefaßt hatte. Die deutsche Ausgabe war 1966 unter dem Titel „Der freie Geist“ bei Rütten & Loening in Ostberlin erschienen.

Kritischer Förderer und Betreuer des Projekts war der Verlagslektor Hans Balzer. Hinter ihm hatte aber noch jemand ein wachsames Auge auf alles, was mit dem geistigen Vermächtnis des Schriftstellers geschah: Marie Romain Rolland, seine Witwe. Keine Übersetzung, keine Werkinterpretation, die sie nicht persönlich geprüft und gebilligt hätte. Insofern kannte sie mich, wußte von mir. Ich hingegen war auf das angewiesen, was über sie gemunkelt wurde: schwierig, launisch, eigenwillig.

Insofern hatte ich schon ein flau-es Gefühl, als ich Ende der siebziger Jahre zum ersten Mal vor der Tür Ihrer am Boulevard du Montparnasse gelegenen Wohnung stand, die zugleich auch Sekretariat, Archiv, Redaktion war und sogar noch über eine freie Ecke verfügte, an der Besucher arbeiten konnten. Unser Kennenlernen war kurz und bündig: ich entschuldigte mich vorsorglich für mein schlechtes Französisch; sie musterte mich vom Kopf bis zu den Schuhen und sagte dann: „Wer so aussieht wie Sie, Madame, kann gar kein schlechtes Französisch sprechen.“ Damit war der Bann gebrochen: wir verkehrten seither auf Augenhöhe, wie man heute sagen würde.

Die „Sache mit dem Koffer“ trug sich ein paar Jahre später zu. Marie Romain Rolland war inzwischen zwar gealtert, steckte aber nach wie vor voller Pläne und kam auch gleich aufs „Geschäftliche“ zu sprechen: die Korrespondenz zwischen Romain Rolland und Stefan Zweig, die noch nie publiziert worden war, weder in Frankreich noch in Deutschland. Jetzt aber lag eine maschinenschriftliche Transkription der Briefe vor, die als Grundlage für eine deutsche Übersetzung (auch Zweig hatte grundsätzlich französisch geschrieben) dienen konnte. Diese sollte nun im Rahmen der großen Rolland-Edition von Rütten & Loening erscheinen, die seit dem Tod von Hans Balzer ins Stocken geraten war. Mir fiel dabei die Aufgabe zu – neben der späteren Übersetzung natürlich –, das transkribierte Manuskript gleich nach Berlin mitzunehmen, einfach so als Reisegepäck, in einem alten, abgeschabten Koffer mit Schnappverschluss: ein Vertrauensbeweis sondergleichen, ohne jede Frage, zugleich aber auch eine Zumutung. Ich war schon mit meinem eigenen Koffer überfordert, hatte noch Autorenbesuche in Aix-en-Provence und Nizza auf dem Programm, eine anstrengende Rückfahrt, alles per Bahn selbstverständlich. Zum Glück gab es die DDR-Botschaft in der Rue Marbeau, die die Dinge auf ihre Weise erledigte.

Der Koffer kam heil im Verlag an; Waltraud Schwarze übernahm die Koordination der Redaktionsarbeiten; die Übersetzung teilten sich Eva und Gerhard Schewe (Rolland) und Christel Gersch (Zweig); Wolfgang Klein schrieb eine zeitgeschichtliche Einleitung. Noch rechtzeitig vor den Wirren der Wende lag das fertige Werk vor: *Briefwechsel 1910 -1940* in zwei Bänden, Berlin 1987.

Eva Schewe

Eklat: „Klimawandel macht die Tage länger“

Mit diesem Zitat und ähnlichen marktschreierischen Überschriften melden sich etliche Medien wie beispielhaft hier *Der Spiegel*. Die *Berliner Morgenpost* fragt sogar besorgt, „bald neue Zeitmessung?“. Das also auch noch, könnte man denken und fürchten.

Schaut man genauer hin und rechnet ein wenig nach, ergibt sich allerdings folgender Sachverhalt:

Ein Forschungsteam berichtet im Fachmagazin *Proceedings* der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Vereinigten Staaten von Amerika (PNAS), dass der Klimawandel die Erdrotation durch das schmelzende Eis der Polargebiete und die Verteilung auf die Weltmeere verlangsamt.

Derzeit liegt der klimabedingte Effekt auf die Tageslänge demnach bei etwa 1,33 Millisekunden pro Jahrhundert. Die Wissenschaftler weiter: Wenn ein weiterer Anstieg des Treibhausgas-Ausstoßes das Klima anheizt und die Polkappen immer stärker schmelzen, ergibt sich im pessimistischsten Szenario eine klimabedingte Verlängerung des Tages um 2,62 Millisekunden pro Jahrhundert. Anders formuliert, müssen wir also befürchten, in 100 Jahren ist jeder Tag 0,00262 Sekunden länger als heute. Das macht nach Adam Ries knapp eine Sekunde pro Jahr. Das Jahr hat etwa 31.536.000 Sekunden. 31,5 Millionen plus eins!

Der Effekt wäre dann größer als der durch die Gezeitenkräfte des Mondes, welcher seinerseits zu einer Verlängerung des Tages um 2,40 Millisekunden pro Jahrhundert führt. Andere Effekte wiederum bewirkten gegenteilig eine Beschleunigung der Erdrotation.

Bei ihrem besten Szenario zum Klimawandel sehen die Forscher übrigens gar keine Veränderung der Tageslänge.

Erforderliche neue Zeitmessung mit Zeitenwende? Die Veränderung ist kaum messbar, geschweige denn prozentual formulierbar, aber gut für Schlagzeilen. Ob in China ein Reiskorn umfällt oder ...

Jürgen Hauschke

WeltTrends aktuell

Die Nummer 201 der Zeitschrift für internationale Politik setzt ein Schwerpunktthema: **Revolt des Globalen Südens**. Immer deutlicher wird das Bestreben der Gruppe der bevölkerungsstarken und wirtschaftlich aufstrebenden Staaten des Globalen Südens, eine eigenständige politische Rolle in der Welt zu spielen, zumal sich ihre Interessen häufig von denen anderer Länder, vor allem „des Westens“, unterscheiden. Im *Thema* geht es um grundsätzliche Fragen des Globalen Südens und um solche Regionen wie Süd- und Südostasien, Lateinamerika, den Nahen und Mittleren Osten sowie Zentralasien. So untersucht **Shyam Saran**, ehemaliger Foreign Secretary (Staatssekretär) im indischen Außenministerium, die Perspektiven der neuen Regierung von Premierminister Modi. **Cui Heng** (China) und **Sergej Birjukow** (Russland) verweisen auf die Rolle ihrer Länder gegenüber dem Globalen Süden.

Im *Forum 1* analysiert Oberst a. D. **Wolfgang Richter** Vorgeschichte und bisherigen Verlauf des Ukrainekrieges. Seine Schlussfolgerung: Um den Krieg zu beenden und eine Eskalation zu verhindern, muss selektives Moralisieren durch Realpolitik ersetzt werden. Ausgehend vom Militärtheoretiker Clausewitz rät auch **Hans-Heinrich Nolte** der Ukraine, einen Kompromissfrieden zu suchen.

Im *Forum 2* setzen sich **Wolfgang Schwarz** und **Lutz Kleinwächter** mit der Forderung nach einer Nuklearbewaffnung Deutschlands bzw. der EU auseinander. Ihre Meinung: Ein solches Kernwaffen-Arsenal würde auf weitere Jahrzehnte die Weichen auf nukleare Konfrontation mit Russland stellen.

jühau

Die Potsdamer Zeitschrift ist zu beziehen über das [Internet](#).

Aus anderen Quellen

Bettina Stark-Watzinger (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung, „hat“, so heißt es auf german-foreign-policy.com, „seit Beginn ihrer Amtszeit die deutsche Hochschullandschaft immer offensiver auf die politische Linie des Auswärtigen Amts festzulegen versucht. Zunächst geschah das über eine Kappung jeglicher wissenschaftlicher Kooperation mit Russland, dann über das Bestreben, die Wissenschaftskooperation mit China inklusive der Arbeit chinesischer Wissenschaftler in Deutschland einzuschränken. ‚Die Zeitenwende‘ fordere den ‚Einklang‘ der Hochschulen ‚mit unseren sicherheitspolitischen Interessen‘, erklärt Stark-Watzinger.“
Wissenschaft im Weltkriegsformat, german-foreign-policy.com, 24.06.2024. Zum Volltext hier klicken.

*

Zur Lage in Argentinien schreibt **Cecilia Filas**: „Für viele Analysten ist es eine Überraschung, dass Milei nicht nur so hohe Zustimmungswerte hat, sondern dass es ihm gelungen ist, diese nach sechs Monaten harter Sparmaßnahmen stabil zu halten. In dieser Zeit überstand der Präsident zwei Generalstreiks des größten argentinischen Gewerkschaftsbundes und eine Massendemonstration zur Verteidigung der öffentlichen Universität, an der Hunderttausende Menschen teilnahmen, darunter viele von Mileis Wählern. Keines dieser Ereignisse scheint sich stark auf sein Image ausgewirkt zu haben.“

Cecilia Filas: Argentinien: Rekordzustimmung für Milei trotz Massenverarmung – wie kommt das?, berliner-zeitung.de, 27.06.2024. [Zum Volltext hier klicken.](#)

*

„Die von Kanzler Scholz auf dem NATO-Jubiläumsgipfel in Washington völlig überraschend angekündigte Stationierung von Marschflugkörpern und Hyperschallraketen mittlerer Reichweite in Deutschland“, so **Leo Ensel**, „ist nichts anderes als eine „Nachrüstung 2.0“ im Handstreichverfahren. Wenn jetzt keine kraftvolle neue Friedensbewegung Sand ins Getriebe streut, wächst die Gefahr russischer Präventivschläge ins Unermessliche.“

Leo Ensel: Nachrüstung 2.0 im Handstreich – oder: Eine neue Friedensbewegung, jetzt oder nie!, globalbridge.ch, 14.07.2024. [Zum Volltext hier klicken.](#)

Zusammengetragen von Wolfgang Schwarz.

Eine Lizenz zum Putsch

von Klaus Bachmann

Er ist gebrechlich, verheddert sich in seinen Sätzen, hat Aussetzer und geht unsicher. Kein Wunder, er ist der älteste Präsident der USA, aber das ist nun kein Grund mehr, ihn zu bemitleiden oder lächerlich zu machen. Und an Donald Trumps Stelle wäre ich mit gehässigen Bemerkungen über ihn nun sehr vorsichtig. Denn Joe Biden ist als Präsident der USA nicht nur der mächtigste Mann der Welt, sondern seit Anfang Juli auch mächtiger als je ein Präsident vor ihm.

Er selbst und seine Mitstreiter scheinen das gar nicht bemerkt zu haben. Nicht einmal diejenigen, denen er diese neu gewonnene Macht verdankt, scheinen sich darüber im Klaren zu sein, was sie da angestellt haben. Und damit steht Joe Biden nun vor einem teuflischen Dilemma: Er kann seinen Machtzuwachs einfach weiter ignorieren. Oder er kann ihn nutzen, um Donald Trump als seinen Nachfolger zu verhindern.

Das dahinterstehende Dilemma wird unseren Politiker in den nächsten Jahren oft schlaflose Nächte bereiten – wenn sie es denn bemerken und nicht einfach so tun, als existiere es nicht. Es lautet: Soll man die Demokratie retten oder wiederherstellen, wenn das nur auf undemokratische Art und Weise geht?

Zurzeit steht die polnische Regierung, die seit Dezember vergangenen Jahres das Land regiert, vor diesem Dilemma. Sie kann entweder gar nichts tun und die bestehende undemokratische Ordnung, die ihr die PiS-Regierungen hinterlassen haben, respektieren. Oder sie kann diese undemokratische Ordnung umstürzen, dabei – wie ihre Vorgänger – gegen die Verfassung verstoßen und Rechtsstaat, Minderheitenrechte und die Checks-and-Balances der Verfassung wieder instandsetzen mit der Folge, dass damit auch ihre eigene Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird.

Bisher hat sie sich für einen Mittelweg entschieden: Sie erkennt die Rechte des Präsidenten (der jedes Gesetz per Veto blockieren kann) an, ignoriert aber die Urteile des Verfassungsgerichts. Sie respektiert manche, aber nicht alle Gesetze, die ihre Vorgänger durchs Parlament gebracht haben, säubert aber Verwaltung und staatliche Unternehmen auch dann, wenn die von ihren Vorgängern verabschiedeten Gesetze das nicht erlauben.

Und sie ignoriert bisher geradezu ostentativ das Dilemma, das dahintersteckt: dass sie Polen eigentlich nur auf undemokratische Weise demokratisieren kann, wozu sie zunächst Macht, die ihr,

formaljuristisch betrachtet, gar nicht zusteht, an sich reißen und sie dann wieder abgeben muss, etwa an ein wirklich und auch von ihr unabhängiges Verfassungsgericht. Dieses Dilemma ist eigentlich schon heftig genug. Aber es verblasst vollkommen im Vergleich mit dem Dilemma, vor dem nun Joe Biden steht.

Alles begann eigentlich mit Donald Trumps Rebellions- und Schweigegeld-Prozessen. Um Sand in das Getriebe der Strafjustiz zu streuen, attackierten Bidens Anwälte die Anklagen gegen Trump vor dem Obersten Gerichtshof. Das war ihr gutes Recht. Trump hat dort im Laufe seiner Amtszeit drei Richter ernannt und damit eine konservative Mehrheit geschaffen. Auch das war sein gutes Recht.

Diese Richter können ihm dankbar sein, aber sie müssen es nicht, denn niemand kann sie abberufen, auch Trump nicht, wenn er wiedergewählt wird. Offenbar sind sie ihm aber dankbar, denn am 1. Juli sprachen sie ihr Urteil zur straf- und zivilrechtlichen Immunität des Präsidenten. Ihr Problem: Nach dem Wortlaut der Verfassung genießen eigentlich nur Bürger Immunitäten, von der Immunität des Präsidenten ist darin nicht die Rede. Also leiteten die Richter den Umfang seiner Immunität aus den Schriften der Verfassungsväter her, die einen „kraftvollen“ und „energischen“ Präsidenten gewollt hatten (und aus der Gewaltenteilung).

Soweit der Präsident offiziell handle, stehe er gewissermaßen über dem Gesetz: Man kann ihn für sein offizielles Handeln nicht nur nicht bestrafen, man darf nicht einmal ermitteln, ob es rechtmäßig war. Würde man das tun, so die Richtermehrheit, würde man den Präsidenten von „kraftvollem und energischen“ Handeln abschrecken, denn statt an das Interesse der USA würde er dann ja nur daran denken, sich vor zivil- und strafrechtlichen Konsequenzen zu schützen. Dass der Präsident Immunität für offizielles Handeln genießt, war unter den Klägern, dem Justizministerium und Trumps Anwälten unstrittig. Aber wo war die Grenze zwischen „offiziellem“ Handeln und nicht-offiziell, für das man den Präsidenten dann zur Verantwortung ziehen konnte – nach Beendigung seiner Amtszeit, wohlgemerkt, denn während seiner Amtszeit geht das nur über ein Impeachment.

Als Antwort zogen die Richter, wie sie sagten, einen sehr weiten Perimeter um die verfassungsrechtlichen Kompetenzen des Präsidenten: Er redet mit seinem Justizminister darüber, wie man das für ihn ungünstige Wahlergebnis in einzelnen Staaten zurechtfälschen und Beamte entlassen kann, die sich weigern, dabei zu helfen?

Nun, mit dem Justizminister zu reden und Beamte zu ernennen und zu entlassen, ist ein verfassungsmäßiges Recht des Präsidenten und fällt also unter die Immunität. Und da man nicht einmal ermitteln darf, ob dabei ein Verbrechen verabredet wurde, kann man den Präsidenten auch nicht dafür zur Verantwortung ziehen. Möglicherweise könnten Staatsanwälte nach Beendigung der Amtszeit des Präsidenten dann gegen den Justizminister ermitteln, aber das ist ein eher schwacher Trost. Der Präsident kann ja während seiner Amtszeit die Beweise vernichten, was ja wiederum weder ermittelt noch bestraft werden kann.

Das seltsame Urteil wurde in der Öffentlichkeit und selbst unter Juristen bisher nur unter zwei Aspekten analysiert: wie sehr es die laufenden Prozesse gegen Trump verzögert und beeinträchtigt und was es für eine künftige Präsidentschaft Trumps bedeutet. Das Urteil sei eine Lizenz, Verbrechen im Oval Office zu begehen, fand etwa die Juraprofessorin Kimberley Wehle im Nachrichtenmagazin Der Spiegel. Und eine der Richterinnen, die eine abweichende Meinung zu dem Urteil veröffentlichte, fand sogar, damit erhalte der Präsident das Recht, einen Militärputsch anzuzetteln. Recht hat sie.

Wenn Trump im Herbst die Wahlen gewinnt, kann er in aller Ruhe daran gehen, einen Putsch zu planen, der seine Herrschaft zementiert, er kann mit den Vertretern der Geheimdienste Absprachen zur Ermordung politischer Gegner treffen und sein Begnadigungsrecht an den Meistbietenden verkaufen. Und kein Staatsanwalt darf in diesen Angelegenheiten auch nur ermitteln, denn das könnte ja die „kraftvolle und energische“ Ausübung des Präsidentenamtes hemmen. Viele sehen in dem Urteil des Obersten Gerichtshof bereits die Abschaffung der Demokratie durch eine kleine Richtermehrheit. Sie vergessen allerdings eines: alles das kann der amtierende US-Präsident jetzt auch.

Bevor Donald Trump nämlich an die Macht kommt, ist erst einmal Joe Biden Präsident, und zwar bis zum 20. Januar 2025. Solange kann er die Macht, die ihm die Richtermehrheit des Supreme Court mit ihrem Urteil übertragen hat, dazu nutzen, Donald Trump als Präsidenten zu verhindern, „kraftvoll und energisch“, wie die Verfassung das angeblich von ihm verlangt und ohne Rücksicht darauf, ob er dabei das eine oder andere Verbrechen begeht.

Mit ihrem Urteil haben die Richter nämlich nicht nur Trump, sondern auch Biden eine „Lizenz zum Putschen“ ausgestellt. Eigentlich müsste man, so fand Richterin Sonia Sotomayor, erst einmal ermitteln, ob der Präsident ein Verbrechen begangen habe und danach entscheiden, ob er dafür Immunität genieße oder nicht. Indem die Richter-Mehrheit diese Reihenfolge auf den Kopf gestellt hat, hat sie jedem künftigen und dem jetzigen Präsidenten einen Freibrief ausgestellt: Egal was er als Präsident tut, er bleibt dafür strafrei.

Das Urteil vom 1. Juli ist das kuriose Beispiel dafür, was passiert, wenn Richter das Recht in den Dienst einer parteipolitischen Agenda stellen, ohne dabei die politischen Folgen abzusehen. Sie haben damit diesen und jeden künftigen Präsidenten dazu ermuntert, Verbrechen zu begehen, um an der Macht zu bleiben.

Für Joe Biden kommt ja noch hinzu, dass er selbst ohne diesen Freibrief wenig Chancen darauf hat, ein Urteil gegen ihn zu erleben. Dass er nach Ablauf seiner Amtszeit haftfähig oder verhandlungsfähig sein wird, ist auch eher unwahrscheinlich. Aber jetzt droht ihm nicht einmal eine Ermittlung, wenn er – zum Beispiel nach verlorenen Wahl – daran geht, mit seinen Ministern Beamte in den Swing-Staaten unter Druck zu setzen, um das Wahlergebnis zu manipulieren.

Man muss gar nicht so weit gehen, ihm einen Putsch einzuflüstern. Es genügt, wenn Biden einfach das tut, was Trump bereits vergeblich versucht hat – und die Gefahr, dass Trump die amerikanische Demokratie beseitigt, ist gebannt. Es wäre dann Biden, der sie beseitigt, aber im Gegensatz zu Trump täte er es vollkommen rechtmäßig und könnte absolut sicher sein, dafür nicht bestraft zu werden. Er müsste nur darauf achten, dass, was immer er tut, von den Trump-Freunden im Obersten Gerichtshof und vom Kongress nicht annulliert werden kann, bevor es wirkt.

Nichts deutet darauf hin, dass sich Biden und seine Vertrauten dieser neu gewonnenen Macht auch nur bewusst sind. Die ganze Debatte darüber, ob Biden als Kandidat zurücktreten und Platz für einen Jüngeren (oder eine Jüngere) machen soll, zeugt davon, dass die Demokraten, wie man das von Demokraten ja auch erwarten kann, sich ganz darauf konzentrieren, die Wahlen demokratisch zu gewinnen.

Und ganz im Ernst: Würde Biden alles tun, was ihm die Obersten Richter nun ermöglicht haben, dann wären die USA anschließend wohl auch keine Demokratie mehr. Sie würden dann von Biden oder einem anderen Demokraten statt von Trump regiert – aber da sind wir dann wieder beim Beispiel Polen: Ein Land wird ja nicht dadurch demokratisch, dass eine Regierung die Macht übernimmt, die wir nett finden.

Alles deutet darauf hin, dass Joe Biden die Ermächtigung, die ihm die Richter des Obersten Gerichtshofs zuteilwerden ließen, einfach ignorieren und nichts von allem dem tun wird, was er tun könnte, um eine zweite Amtszeit von Donald Trump zu verhindern. Das ist sein gutes Recht. Gegenteiliges Handeln ist ja auch nicht ohne Risiko. Sollte er einen Militärputsch oder eine Wahlmanipulation à la Trump planen, könnte das leicht zu Sezessionsversuchen stramm republikanischer Staaten, zu inneren Unruhen und anderen unwägbareren Folgen führen, denen vorsichtige und lebenserfahrene 81-Jährige lieber aus dem Weg gehen.

Nur geht er damit dem Dilemma nicht aus dem Weg, denn auch das Unterlassen einer Entscheidung ist eine Entscheidung. Geht er gegen Trump so vor, wie das Supreme-Court-Urteil es ihm einflüstert, werden ihm alle Trump-Gegner lieben und alle Trump-Befürworter hassen. Tut er es nicht, droht ihm das Gleiche umgekehrt: Er trägt dann die Verantwortung dafür, dass ein noch radikalerer Trump mit noch radikaleren Gefolgsleuten an die Macht kommt.

Bis zum 1. Juli hatte er dieses Dilemma nicht – bis dahin musste er sich an die Spielregeln halten. Jetzt hat er es. Und ich beneide ihn nicht darum. Niemand kann ihm die Entscheidung abnehmen, kein Berater, nicht einmal seine Frau. Ich weiß auch nicht, was ich an seiner Stelle tun würde. Schon deshalb liegt mir nichts ferner, als Regierungen zu einem bestimmten Vorgehen zu raten. Sie tragen die Verantwortung, dafür haben sie sich zur Wahl gestellt und wurden gewählt. Sie müssen danach dafür geradestehen. Dieses Kreuz müssen sie selbst tragen. Kein Berater sollte auch nur versuchen, es ihnen abzunehmen.

Berliner Zeitung, 17.07.2024. Übernahme mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Redaktion.

Am 21. Juli gab Joe Biden bekannt, dass er als Präsidentschaftskandidat zurücktritt.

Impressum

Das Blättchen

Zweiwochenschrift für Politik – Kunst – Wirtschaft
Erscheinungsweise: online
<https://das-blaettchen.de>

Herausgeber: Wolfgang Sabath †
und der Freundeskreis des Blättchens

Redaktion/Dienstanbieter i.S.d. TMG:

Jürgen Hauschke, Max Klein,
Detlef-Diethard Pries, Wolfgang Schwarz GbR,
vertreten durch deren Gesellschafter
Jürgen Hauschke (Schillerfalterstr. 28, 12683 Berlin),
Max Klein (Akeleiweg 46E, 12487 Berlin),
Detlef-Diethard Pries (Barther Str. 80, 13051 Berlin),
Wolfgang Schwarz (Fritz-Reuter-Str. 8, 12623 Berlin)

Kontakt:

Redaktion DAS BLÄTTCHEN c/o Wolfgang Schwarz
Fritz-Reuter-Str. 8
12623 Berlin
E-Mail: redaktion@das-blaettchen.de

Hinweis für Autoren:

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein.
Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

Es werden keine Honorare gezahlt.

Manuskripte bitte nur in elektronischer Form und aktueller Rechtschreibung.
Es wird gebeten, in den Texten von Fußnoten und der Verwendung von Links abzusehen.

Soli-Konto:

Wolfgang Schwarz
IBAN: DE43 1203 0000 1011 4525 03
BIC: BYLADEM1001
Zweck: Blättchen-Online

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des MStV für den Inhalt dieser Ausgabe:

Jürgen Hauschke; E-Mail: redaktion@das-blaettchen.de;
Redaktionsschluss: 26. Juli 2024

Verankerte Rechte von Ferdinand Nübell

Am elften August 1919 hat das deutsche Volk sich bekanntlich eine neue Verfassung gegeben und zwar, wie es in den Eingangsworten heißt: „Einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem innern und äußern Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern.“ Reden wir heute weder von äußerem noch innerem Frieden. Aber Freiheit, Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Fortschritt sind in der Verfassung fest „verankert“. Proben gefällig?

„Das Deutsche Reich ist eine Republik.“ (Die vorsätzliche oder fahrlässige Wiebergabe dieser Vorschrift in Wort, Schrift oder bildlichen Darstellungen, insbesondere in Vereinen und öffentlichen Versammlungen ist unzulässig. Wiederholte Zuwiderhandlung hat den Verlust der Bezeichnung „national“ zur Folge.)

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ (Was unter Volk im Sinne dieser Vorschrift zu verstehen ist, bestimmt der Reichswehrminister.)

„Die Reichsfarben sind schwarz, rot, gold.“ (Die Bezeichnung „Judenfahne“ ist in amtlichen Erlassen, Verordnungen und Verfügungen grundsätzlich zu vermeiden. In andern Fällen ist sie nur insoweit zur Anwendung zu bringen, wie dies zum Verständnis der Sache notwendig erscheint oder die Loyalität des die Bezeichnung Benutzenden jeden Mißbrauch ausschließt.)

„Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden.“ (Auf das Recht, die Richtigkeit amtlicher Erklärungen zu prüfen, können sie ein für alle Mal verzichten. Nicht dagegen auf das Recht, bei Debatten über die tieftraurigsten Dinge im Namen des ganzen Volkes ohne dessen Auftrag gewissenhaft und unbändig zu lachen.)

„Ausnahmegerichte sind unstatthaft.“ (In Ausführung dieser Bestimmung wird der Reichsjustizminister im Wege der Verordnung Sondergerichte für Wucherer, Preistreiber, Schieber und solche, die so aussehen, errichten.)

„Nach Maßgabe eines Reichsgesetzes wird ein Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich errichtet.“ (Diesem erwächst die Aufgabe, das im Untersuchungsausschuß gedroschene leere Stroh zu garben, zu bündeln und unter Dach und Fach zu bringen.)

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich.“ (In einzelnen Fällen sogar gleich Null.)

„Jeder hat das Recht, jeden Nahrungsweig zu betreiben.“ (Und umgekehrt jeden Nahrungsbetrieb zu verzweigen. Eine besondere Handelsurlaubnis ist für Den nicht erforderlich, den eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu zehntausend Mark nicht schreckt.)

„Eine Handlung kann nur dann mit einer Strafe belegt werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde.“ (Wer infolge von Leichtsinne, Un- erfahrenheit oder körperlicher oder geistiger Minderwertigkeit nicht in der Lage ist, alle Strafgesetze zu kennen, zu verstehen oder zu lesen, soll spätestens bei seiner Beurteilung darüber belehrt werden, daß, wann und inwieweit die Strafbarkeit der in Rede stehenden Handlung gesetzlich bestimmt war.)

„Die Ehe steht als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation unter dem besondern Schutz der Verfassung.“ (Namentlich ist die Vermehrung der Nation im Interesse der Aufrechterhaltung der Rationierungs- vorschriften, zur Stärkung und Wiederaufrichtung der Wehrkraft und zur loyalen Erfüllung des Friedensvertrages eine unbedingte Notwendigkeit.)

„Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln.“ (Was unter „friedlich und unbewaffnet“ im Sinne dieser Vorschrift zu verstehen ist, bestimmt der Reichswehrminister. Er hat im einzelnen zu entscheiden, inwieweit mit Taschenmessern, Haus- schlüsseln, Zigarrenabschneidern, Haarnadeln und andern gefähr- lichen Werkzeugen versehene Personen als bewaffnet und unfried- lich anzusehen sind.)

„Gesetze und Verordnungen des Reiches bleiben in Kraft, soweit ihnen diese Verfassung nicht entgegensteht.“ (Dieser Ver- fassung steht kein Gesetz und keine Verordnung im Wege, da es im Deutschen Reiche nie Gesetze und Verordnungen gegeben hat, die der unbeschränkten Freiheit und Gerechtigkeit, dem innern und äußern Frieden und dem gesellschaftlichen Fortschritt zu widersprechen auch nur den Anschein erwecken könnten.)